

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2000

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Genehmigte Wohnungen 1979 - 1998
nach vorwiegend verwendeter Heizenergie



Inhalt

Berechnung von Vollzeitlehrer-Einheiten für das Schuljahr 1998/99

- 45 Auf der Basis der Schulstatistik 1998/99 wird der Rechengang zur Bestimmung von Vollzeitlehrer-Einheiten aufgezeigt. Erstmals werden geschlechtsspezifische Einheiten für die allgemein bildenden Schulen in Rheinland-Pfalz ermittelt.

Beheizung der Wohnungen – Wandel der Heizungsart und Energieträger

- 52 In den letzten 50 Jahren wurde von der Ofenheizung kontinuierlich zu der heute führenden Zentralheizung gewechselt. Den früher wichtigsten Energieträger Kohle löste im Laufe der Zeit das Heizöl ab, das zwischenzeitlich vom Gas überholt wurde.

Einkommensmillionäre

- 62 Im Jahr 1995 gab es in Rheinland-Pfalz 741 Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 1 Mill. DM. Sie zahlten 6,2 % der insgesamt festgesetzten Einkommensteuer.

Anhang

- 17* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
23* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

28 485 Vollzeitlehrer-Einheiten an allgemein bildenden Schulen – Auf jede Vollzeitlehrer-Einheit kommen 17 Schüler

Vollzeitlehrer-Einheiten sind Rechengrößen, die sich aus der Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte und den in Vollzeitlehrkräfte umgerechneten Wochenstunden der teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer ergeben. Sie dienen als Maß zur Quantifizierung der Lehrkräftekapazität und bilden darüber hinaus die Basis für die Berechnung wichtiger Versorgungsindikatoren wie Schüler-Lehrer-Relationen.

An den allgemein bildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wurde im Schuljahr 1998/99 ein Betreuungsangebot im Umfang von 28 485 Vollzeitlehrer-Einheiten bereitgestellt. Rund 50 % der Vollzeitlehrer-Einheiten sicherten die Versorgung im Bereich der Grund- und Hauptschulen, 24 % an Gymnasien, 12 % an Realschulen und 7,5 % an den Sonderschulen des Landes. Es ergibt sich eine Schüler-Lehrer-Relation von 16,9, das heißt, knapp 17 Schülerinnen und Schüler kamen auf eine Vollzeitlehrer-Einheit. Naturgemäß streut diese Kennziffer deutlich zwischen den einzelnen Schularten. Sie lag für die Grund- und die Realschulen des Landes bei rund 20 Schülerinnen und Schülern je Vollzeitlehrer-Einheit, für die Sonderschulen für Lernbehinderte bei 7,8 und für die übrigen Sonderschulen bei 6,1. re

Mehr über dieses Thema auf Seite 45.

Einkommensmillionäre meist Gewerbetreibende

Im Jahr 1995 wurden 741 Einkommensmillionäre gezählt, ein Viertel weniger als 1992. Gemessen an der Gesamtzahl der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen waren die Einkommensmillionäre mit einem Anteil von 0,06 % eine sehr kleine Gruppe. Ihre Bedeutung ist jedoch erheblich größer, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte als Maßstab herangezogen wird, denn hier lag ihr Anteil bei 2,6 %. Ihr Beitrag zum gesamten Einkommensteueraufkommen war wegen des progressiven Einkommensteuertarifs erheblich: Sie zahlten 6,2 % der insgesamt festgesetzten Einkommensteuer.

Die Darstellung der Einkommensmillionäre nach ihrer überwiegenden Einkunftsart zeigt, dass die meisten Gewerbetreibende waren. Diese erwirtschafteten auch die höchsten durchschnittlichen positiven Einkünfte. Ebenfalls sehr hohe Einkünfte erzielten die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Kapitalvermögen sowie die Land- und Forstwirte. Einkommensmillionäre zahlten im Schnitt 1,1 Mill. DM Einkommensteuer, wobei die Unterschiede in der Steuerbelastung recht groß waren. So mussten Land- und Forstwirte mit 28,3 % den geringsten Teil ihres Gesamtbetrags der Einkünfte als Einkommensteuer abführen,

während sich für die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Kapitalvermögen mit 46,8 % der höchste Wert errechnete.

Im Durchschnitt entfielen auf 100 000 Einwohner 19 Einkommensmillionäre, dies waren 7 weniger als 1992. Begehr als Wohnort für die Einkommensmillionäre waren Pirmasens, Koblenz und Mainz. In Neustadt entsprach die Millionärsdichte genau dem genannten Durchschnittswert, in allen übrigen kreisfreien Städten lag sie darunter. In Ludwigshafen lebten je 100 000 Einwohner lediglich 7 Einkommensmillionäre. Unter den Landkreisen ragte Neuwied mit 30 Einkommensmillionären je 100 000 Einwohner heraus. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 62.

Gas vor Öl bei der Beheizung der Wohnungen

In den 50er und 60er Jahren wurden die Wohnungen fast nur durch Einzel- oder Mehrraumöfen und mit Kohle, Briketts u. Ä. beheizt. Im Laufe der Jahre setzte sich immer mehr die Sammelheizung in Form der Zentral- oder Etagenheizung durch. Sie wird heute als Standard angesehen. Der einstige Hauptenergieträger Kohle wurde vom Heizöl abgelöst. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der Erdgasleitungen seit den 70er Jahren stand ein weiterer Energieträger zur Verfügung, der von sehr vielen Hausbesitzern genutzt wurde und wird. Das Gas verdrängte das Heizöl. Jede zweite Sammelheizung wurde 1998 mit Gas betrieben, 47 % mit Heizöl. An Bedeutung verloren hat die Ofenheizung; nur noch jede siebte der rund 1,6 Mill. Wohnungen in Rheinland-Pfalz wird auf diese Art beheizt. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 52.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 1999 real um 1,6 % gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der innerhalb eines Jahres in einem Land produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr real, d. h. von Preiseinflüssen bereinigt, um 1,6 % gestiegen. Damit verlief, ersten Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge, die Entwicklung in Rheinland-Pfalz etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt. Für Deutschland wurde für das vergangene Jahr ein Wachstum von 1,4 % festgestellt. Auch in jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit 2,7 % höher als die für Deutschland mit 2,3 %.

Wesentlich beigetragen zum Wirtschaftswachstum haben wiederum die Dienstleistungsunternehmen,

Bruttoinlandsprodukt 1999 ¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt		Darunter Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
	Veränderung 1999 gegenüber 1998 in %			
Baden-Württemberg	2,8	1,7	2,6	2,0
Bayern	3,0	1,9	2,4	2,0
Berlin	1,1	0,1	0,8	0,5
Brandenburg	1,2	0,8	2,1	1,9
Bremen	1,0	0,5	0,2	-0,1
Hamburg	2,4	1,2	0,5	-0,7
Hessen	2,4	1,8	-2,2	-2,2
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	1,7	6,8	6,9
Niedersachsen	1,9	1,0	1,1	0,7
Nordrhein-Westfalen	1,8	0,9	0,3	0,4
Rheinland-Pfalz	2,7	1,6	-0,2	-0,1
Saarland	3,1	1,7	4,5	3,8
Sachsen	2,0	1,3	4,2	3,8
Sachsen-Anhalt	1,6	0,9	3,9	3,9
Schleswig-Holstein	3,0	2,0	3,5	3,6
Thüringen	2,4	1,7	6,9	6,7
Deutschland	2,3	1,4	1,4	1,2
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2,4	1,4	1,2	1,0
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	1,9	1,2	4,6	4,3

1) Vorläufiges Ergebnis.

aber auch die Unternehmen des Bereichs Handel und Verkehr. Außerdem war im Baugewerbe wieder eine Aufwärtsentwicklung erkennbar, nachdem hier in den Vorjahren zum Teil deutliche Rückgänge zu verzeichnen gewesen waren. Leicht rückläufig war dagegen die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz, während sich im Bundesdurchschnitt dort ein geringer Anstieg ergab. Insbesondere in den neuen Ländern verlief die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe günstiger. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den einzelnen Bundesländern kann der Tabelle entnommen werden.

Mit der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts 1999 legt der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder erstmals ein Jahresergebnis nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 vor. Der Arbeitskreis hat die äußerst aufwendigen Umstellungsarbeiten auf das ESGV 1995 noch nicht komplett abgeschlossen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt können die revidierten Reihen für das Bruttoinlandsprodukt auf Länderebene vorgelegt werden. Wegen der gravierenden konzeptionellen Unterschiede des ESGV 1995 gegenüber dem bisherigen deutschen VGR-System sind die aktuellen Länderwerte mit den bisher veröffentlichten Zeitreihen nicht vergleichbar. ke

Rekordergebnis bei geplanten Betriebsgebäuden

Seit dem Jahr 1980 haben die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden nicht mehr so viele neue gewerbliche Gebäude genehmigt wie 1999. 2 602 Gebäude wurden zum Bau freigegeben, das sind 8,5 % mehr als im Vorjahr.

Bei der überwiegenden Zahl dieser Bauten handelt es sich um nicht landwirtschaftliche Betriebsgebäude (1 500). Hier liegen die Handels- einschließlich Lagergebäude (821) vor den Fabrik- und Werkstattgebäuden (404). Etwas höher als im letzten Jahr (594) ist die Zahl der geplanten landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (610). Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden waren Bauvorhaben an 4 100 Gebäuden geplant (+ 3,5 %).

Die für die neuen Betriebsgebäude veranschlagten Baukosten lagen bei knapp 2,7 Mrd. DM (+ 17 %). Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erreichten sie eine Größenordnung von 3,4 Mrd. DM (+ 19 %).

Die meisten gewerblichen Neubauten sollen in den Kreisen Westerwald (204) und Mayen-Koblenz (202) entstehen. Es folgen die Kreise Mainz-Bingen (128) sowie Neuwied und Rhein-Hunsrück (je 113). ha

Berechnung von Vollzeitlehrer-Einheiten für das Schuljahr 1998/99

An den allgemein bildenden Schulen wurden im vergangenen Schuljahr insgesamt 36 097 Lehrkräfte und 1 383 pädagogische Fachkräfte eingesetzt. Gut die Hälfte unterrichtete an den Grund- und Hauptschulen des Landes. Mehr als ein Fünftel war an Gymnasien, jeweils rund ein Zehntel an Realschulen und Sonderschulen tätig. Die Übrigen leisteten ihren Dienst an regionalen Schulen, dualen Oberschulen, integrierten Gesamtschulen, freien Waldorfschulen, Abendgymnasien und Kollegs.

32 156 Pädagogen (86 %) waren hauptberuflich tätig. Die Übrigen verrichteten ihren Dienst statistisch gesehen „nicht hauptberuflich“, so z. B. als teilabgeordnete Kräfte aus anderen Schulen oder Studienseminaren, als PfarrerIn bzw. Pfarrer oder Religionslehrkraft im Kirchendienst.

Statistisch zählen Fälle und nicht Personen

In den vorgenannten Zahlen sind Mehrfachzählungen enthalten. Unterrichtet etwa eine hauptberufliche Realschullehrerin zusätzlich einige Stunden an einer Hauptschule, so wird sie sowohl bei der Realschule als auch bei der Hauptschule nachgewiesen; bei der Realschule als „hauptberufliche Lehrkraft“, bei der Hauptschule hingegen – obwohl im Hauptberuf Lehrerin – als „sonstige Lehrkraft einer anderen Schule“.

Entsprechend hoch sind die Anteile nicht als Hauptberuflicher erfasster Pädagogen im Grund- und Hauptschulbereich (19 %), an Kollegs und Abendgymnasien (24 %) und an regionalen Schulen und dualen Oberschulen (27 %). Im Grund- und Hauptschulbereich ergibt sich der hohe Anteil insbesondere durch Sonderschullehrkräfte, die hier integrierte Fördermaßnahmen anbieten und die hauptberuflich an Sonderschulen geführt werden, durch Religionslehrkräfte und Pfarrer, die in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis zu einer Kirche stehen, und durch Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes einige Stunden selbständigen Unterricht erteilen. An den rheinland-pfälzischen Kollegs unterrichteten vergleichsweise viele Lehrkräfte, die hauptberuflich insbesondere an rheinland-pfälzischen Gymnasien beschäftigt sind. An regionalen Schulen und dualen Oberschulen ist durch den hohen Anteil neuer Schulen

in der Aufbauphase der Anteil der Lehrkräfte, die hauptberuflich an einer anderen allgemein bildenden Schule geführt werden, vergleichsweise hoch.

Insoweit weist die Statistik Lehrkräfte insgesamt als Lehrerfälle, nicht aber als Lehrpersonen nach. Indem hauptberufliche Lehrkräfte nur von einer Einrichtung, und zwar ihrer Stammschule, als solche gemeldet werden, wird erreicht, dass aus der „Lehrerfall-bezogenen“ Statistik Kopffzahlen der hauptberuflich Tätigen abgeleitet werden können. Bei der oben genannten Zahl der 32 156 hauptberuflichen Lehrkräfte handelt es sich somit um Personen, denen dieses Attribut zukommt.

Hauptberufliche Lehrkräfte häufig teilzeitbeschäftigt

Gut 63 % der hauptberuflichen Lehrkräfte bzw. gut 53 % der hauptberuflich beschäftigten pädagogischen Fachkräfte waren vollzeitbeschäftigt. Die Übrigen standen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, so auch 105 Lehrerinnen und Lehrer, die zwar im Schuljahr 1998/99 die Unterrichtsverpflichtung einer vollzeitbeschäftigten Kraft erbrachten, aber durch Gehaltsverzicht im Rahmen des Sabbatjahrsmodells „Freizeit“ für die Zukunft ansparen.

Besonders hoch sind mit jeweils rund 40 % die Anteile teilzeitbeschäftigter Hauptberuflicher an Abendgymnasien und Kollegs, Realschulen, freien Waldorfschulen und integrierten Gesamtschulen. An Gymnasien hingegen steht nur jede dritte hauptberuflich nachgewiesene Lehrkraft in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. An Sonderschulen ist der Anteil mit gut 30 % noch geringer. Bei den hauptberuflich tätigen pädagogischen Fachkräften, die an den Sonderschulen die sozialpädagogische, pflegerische, therapeutische, unterrichtliche und erzieherische Betreuung behinderter Schülerinnen und Schüler gewährleisten, liegt der Anteil Teilzeitbeschäftigter mit knapp 43 % deutlich höher.

Vollzeitlehrer-Einheiten, ein Maß für die Lehrkraftkapazität

Berücksichtigt man die erhebungstechnisch bedingten Mehrfachzählungen von Lehrkräften und den hohen Anteil Teilzeitbeschäftigter unter den hauptberuflichen

Lehrkräften, so wird deutlich, dass sich aus den „Lehrerzahlen“ nicht auf die Lehrkraftkapazität an allgemein bildenden Schulen schließen lässt. Zur Bestimmung dieser Kapazität werden so genannte Vollzeitlehrer-Einheiten errechnet, wobei die Arbeitsleistung hauptberuflich tätiger Lehrkräfte und nebenberuflich tätiger Pädagogen in Vollzeitäquivalente umgerechnet wird. Die Leistungen pädagogischer Fachkräfte gehen in diese Berechnungen nur insoweit ein, als sie eine eigenständige unterrichtliche Betreuung zu fördernder Schüler sicherstellen. Dementsprechend werden sie an den Schul- und Sonderschulkindergärten generell, an Sonderschulen hingegen nur dann in die Berechnungen einbezogen, wenn sie in Klassenleiterfunktion tätig sind.

Vollzeitlehrer-Einheiten erlauben neben Zeitreihenbetrachtungen des Lehrervolumens an allgemein bildenden Einrichtungen auch die Berechnung von Versorgungsindikatoren wie Schüler-Lehrer-Relationen, in denen die Zahl der an allgemein bildenden Schulen betreuten Schülerinnen und Schüler auf die Lehrkraftkapazität bezogen wird. In geeigneter fachlicher und regionaler Differenzierung ermittelt, lassen sich diese Versorgungsindikatoren auch für Strukturvergleiche zwischen einzelnen Schularten, Trägerschaften und Verwaltungseinheiten heranziehen.

Der Rechengang zur Vollzeitlehrer-Einheit

Vollzeitlehrer-Einheiten ergeben sich als Summe aus der Zahl vollzeitbeschäftigter Lehrkräfte und den so genannten Vollzeitäquivalenten. Die Ermittlung dieser Äquivalente vollzieht sich in mehreren Arbeitsstufen:

1. Ermittlung des Regelstundenmaßes für hauptberufliche Vollzeitkräfte

Aus den Lehrkräftestatistiken lässt sich für jede allgemein bildende Schule das durchschnittliche Regelstundenmaß der vollzeitbeschäftigten hauptberuflich tätigen Pädagogen ermitteln. Im Regelstundenmaß, das als Richtgröße für die Berechnung der Vollzeitäquivalente dient, spiegeln sich die global verordneten schulform-, schulstufen- und lehramtsspezifischen Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte wider. Nach der für das Schuljahr 1998/99 gültigen Verwaltungsvorschrift¹⁾ betragen die Regelstundenmaße von Lehrkräften an:

- Grundschulen 25 Wochenstunden zu 50 Minuten,
- Hauptschulen, Realschulen, regionalen Schulen und Sonderschulen 27 Wochenstunden zu 45 Minuten,
- Gymnasien und Kollegs 24 Wochenstunden zu 45 Minuten.

An organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen und integrierten Gesamtschulen richtet sich die Unterrichtsverpflichtung einer Lehrkraft nach den Schulstufen, in denen Unterricht erteilt wird, und dem

individuell vorliegenden Lehramt. Für Lehrkräfte, die in einer anderen Schulart eingesetzt sind als der, für die sie die Lehramtsprüfung abgelegt haben, ergibt sich die individuelle Unterrichtsverpflichtung ebenfalls aus dem individuell vorliegenden Lehramt und den Schulstufen, in denen Unterricht erteilt wird. Angesichts dieser schulstufen- und lehramtsspezifischen Besonderheiten lassen sich durchschnittliche schulartsspezifische Regelstundenmaße nicht unmittelbar aus der Verwaltungsvorschrift übernehmen. Vielmehr ist es notwendig, die Regelstundenmaße der vollzeitbeschäftigten Hauptberuflichen als arithmetische Mittel der individuellen Unterrichtsverpflichtungen zu ermitteln. Diese Durchschnittswerte werden für jede allgemein bildende Schule separat errechnet und als Divisoren zur Umrechnung der teilzeitbeschäftigten Hauptberuflichen und der Nebenberuflichen in Vollzeitäquivalente eingesetzt.

Durchschnittliche Regelstundenmaße vollzeitbeschäftigter Lehrkräfte nach Schulart/-form

Schulart/-form	Wochenstunden
Schul- und Sonderschulkindergärten	27,34
Grundschulen	25,00
Hauptschulen	27,00
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	26,28
Realschulen	27,00
Gymnasien	24,03
Abendgymnasien und Kollegs	24,00
Integrierte Gesamtschulen ¹⁾	25,72
Regionale Schulen	27,00
Duale Oberschulen	27,00
Freie Waldorfschulen	22,48
Sonderschulen für Lernbehinderte	27,00
Übrige Sonderschulen	27,00

1) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

2. Die Bestimmung der Umrechnungsmasse

Zunächst werden in dieser Arbeitsstufe schulspezifisch die arbeitsvertraglich vereinbarten reduzierten Regelstundenmaße der hauptberuflichen Teilzeitlehrkräfte summiert. Zu diesen formalen Unterrichtsverpflichtungen sind die zum Erhebungsstichtag von den besagten Lehrkräften über das Regelstundenmaß hinaus erteilten Mehrarbeitsstunden hinzuzuzugradieren. Stunden, die nicht an der berichtenden, sondern an anderen Schulen abgehalten werden, sowie Ausfallstunden von Lehrkräften, die längerfristig (z. B. krankheitsbedingt) nicht unterrichten, sind abzuziehen.

Schließlich ist eine Bereinigung der so ermittelten Arbeitsleistung um Zeitausgleichstunden vorzunehmen. Dies sind Stundenerhöhungen und -vermindierungen, die vorzugsweise bei der Inanspruchnahme flexibler Arbeitszeitmodelle wirksam werden. So wird unter dem Schlagwort „Sabbatjahr“ beamteten Lehrkräften seit dem Schuljahr 1995/96 die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung in der Weise geboten, dass sie je nach Antrag für die Dauer:

1) Verwaltungsvorschrift vom 23. Juni 1997 (GAmtsbl. S. 447), geändert durch die Verwaltungsvorschrift vom 15. Juni 1998 (GAmtsbl. S. 310).

Vollzeitlehrer-Einheiten-Berechnung im Schuljahr 1998/99 nach Schulart/-form und Rechtsstatus der Schule

Schulart/-form	Wöchentliche Unterrichtsstunden			Stunden- ver- rechnung ÜORS ⁴⁾	Verfügbare Wochen- stunden von Teilzeit- lehrkräften	Haupt- berufliche Vollzeit- lehrkräfte	Schulart- spezifisches Regelstunden- maß der Vollzeitkräfte	Vollzeit- lehrer- Einheiten
	haupt- beruf- licher Teilzeit- lehrkräfte ¹⁾	neben- beruf- licher Lehrkräfte ²⁾	päd. Fach- kräfte in Klassen- leiter- funktion ³⁾					
	(1)	(2)	(3)					
Öffentliche Schulen								
Schul- und Sonder- schulkindergärten	-	-	-	-	2 106,0 ⁵⁾	50	27,3	127,0
Grundschulen	68 403,0	11 202,0	-	-	79 605,0	5 098	25,0	8 282,2
Hauptschulen	18 544,5	3 106,0	-	- 445,5	21 205,0	2 674	27,0	3 459,4
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	14 901,0	2 159,5	-	113,6	17 174,1	1 504	26,3	2 157,5
Realschulen	24 481,3	1 854,5	-	571,3	26 907,0	2 072	27,0	3 068,6
Gymnasien	33 562,0	3 647,0	-	- 239,4	36 969,6	4 285	24,0	5 823,2
Abendgymnasien und Kollegs	198,5	67,0	-	-	265,5	19	24,0	30,1
Integrierte Gesamtschulen ⁶⁾	7 029,5	516,0	-	-	7 545,5	487	25,7	780,4
Regionale Schulen	6 011,5	1 703,5	-	-	7 715,0	547	27,0	832,7
Duale Oberschulen	1 025,0	476,0	-	-	1 501,0	66	27,0	121,6
Sonderschulen für Lernbehinderte	6 549,5	634,0	84,0	-	7 267,5	973	27,0	1 242,2
Übrige Sonderschulen	2 802,5	505,5	2 212,5	-	5 520,5	381	27,0	585,5
Private Schulen								
Grundschulen	784,0	66,5	-	-	850,5	46	25,0	80,0
Hauptschulen	514,0	80,0	-	151,4	745,4	70	27,0	97,6
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	499,0	20,0	-	-	519,0	37	26,3	56,8
Realschulen	2 419,5	279,5	-	538,4	3 237,4	145	27,0	264,9
Gymnasien	6 116,5	696,5	-	- 689,8	6 123,2	754	24,0	1 008,8
Abendgymnasien und Kollegs	156,5	36,0	-	-	192,5	14	24,0	22,0
Freie Waldorfschulen	991,0	115,0	-	-	1 106,0	92	22,5	141,2
Sonderschulen für Lernbehinderte	82,0	8,0	-	-	90,0	11	27,0	14,3
Übrige Sonderschulen	1 473,0	155,5	945,5	-	2 574,0	194	27,0	289,3
Insgesamt								
Schul- und Sonder- schulkindergärten	-	-	-	-	2 106,0 ⁵⁾	50	27,3	127,0
Grundschulen	69 187,0	11 268,5	-	-	80 455,5	5 144	25,0	8 362,2
Hauptschulen	19 058,5	3 186,0	-	- 294,1	21 950,4	2 744	27,0	3 557,0
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	15 400,0	2 179,5	-	113,6	17 693,1	1 541	26,3	2 214,3
Realschulen	26 900,8	2 134,0	-	1 109,6	30 144,4	2 217	27,0	3 333,5
Gymnasien	39 678,5	4 343,5	-	- 929,1	43 092,9	5 039	24,0	6 832,0
Abendgymnasien und Kollegs	355,0	103,0	-	-	458,0	33	24,0	52,1
Integrierte Gesamtschulen ⁶⁾	7 029,5	516,0	-	-	7 545,5	487	25,7	780,4
Regionale Schulen	6 011,5	1 703,5	-	-	7 715,0	547	27,0	832,7
Duale Oberschulen	1 025,0	476,0	-	-	1 501,0	66	27,0	121,6
Freie Waldorfschulen	991,0	115,0	-	-	1 106,0	92	22,5	141,2
Sonderschulen für Lernbehinderte	6 631,5	642,0	84,0	-	7 357,5	984	27,0	1 256,5
Übrige Sonderschulen	4 275,5	661,0	3 158,0	-	8 094,5	575	27,0	874,8

1) Regelstundenmaß plus/minus Zeitausgleichstunden plus Mehrarbeitsstunden minus längerfristige Ausfallstunden minus Stundenabgaben an andere Schulen minus verfügbare Stunden im Elementarbereich. - 2) Verfügbare Stunden an der berichtenden Schule minus verfügbare Stunden im Elementarbereich. - 3) Ohne Unterrichtsstunden im Elementarbereich. - 4) ÜORS: Schulartübergreifende Orientierungsstufe. - 5) Verfügbare Stunden im Elementarbereich. - 6) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

- von vier Jahren eine Teilzeitbeschäftigung mit $\frac{3}{4}$ der Dienstbezüge eingehen und hierbei drei Jahre vollbeschäftigt sind und ein Jahr völlig freigestellt werden,
- von fünf Jahren eine Teilzeitbeschäftigung mit $\frac{4}{5}$ der Dienstbezüge eingehen und hierbei vier Jahre vollbeschäftigt sind und ein Jahr völlig freigestellt werden,
- von sechs Jahren eine Teilzeitbeschäftigung mit $\frac{5}{6}$ der Dienstbezüge eingehen und hierbei fünf Jahre vollbeschäftigt sind und ein Jahr völlig freigestellt werden,
- von sieben Jahren eine Teilzeitbeschäftigung mit $\frac{6}{7}$ der Dienstbezüge eingehen und hierbei sechs Jahre vollbeschäftigt sind und ein Jahr völlig freigestellt werden.

Hat sich z. B. eine Gymnasiallehrkraft mit verordnetem Vollzeitlehrerauftrag von 24 Wochenstunden für das $\frac{3}{4}$ -Sabbatjahrsmodell entschieden, erfasst sie die Schulstatistik drei Jahre lang als Teilzeitlehrkraft mit einem Regelstundenmaß von 18 Wochenstunden. Die tatsächliche Unterrichtsleistung von 24 Wochenstunden in dieser dreijährigen Ansparphase wird durch Nachweis von sechs positiven Zeitausgleichstunden dokumentiert. Sie sind als real erbrachte Unterrichtsleistung bei der Berechnung von Vollzeitäquivalenten zu berücksichtigen.

Neben den von hauptberuflichen Teilzeitlehrkräften erbrachten Unterrichtsleistungen sind auch die von nebenberuflich beschäftigten Lehrkräften erteilten Wochenstunden in Vollzeitäquivalente umzurechnen. Von Letzteren gehen unmittelbar die an der jeweiligen berichtenden Schule erteilten Wochenstunden in die Umrechnung ein.

Speziell an Sonderschulen sind zusätzlich die Unterrichtseinheiten der pädagogischen Fachkräfte in Klassenleiterfunktion in die Umrechnungen einzubeziehen. Dabei wird unterstellt, dass diese Personen im vollen Umfang ihrer Unterrichtsverpflichtung eine eigenständige unterrichtliche Betreuung von Schülerinnen und Schülern wahrnehmen. An den Schul- und Sonderschulkindergärten wird die Unterrichtsleistung pädagogischer Fachkräfte generell berücksichtigt, da diese im Vorschulbereich das Betreuungsangebot nahezu vollständig sicherstellen.

Aus der Summe der so ermittelten Unterrichtseinheiten teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte und pädagogischer Fachkräfte in Klassenleiterfunktion ergeben sich auf Schulebene die Umrechnungsmassen für die Vollzeitäquivalente.

3. Berücksichtigung schulartübergreifender Orientierungsstufen

Um schulartspezifische Nachweisungen zu ermöglichen, ist eine Bereinigung der Umrechnungsmassen um die Unterrichtsverflechtungen durch schulartübergreifend eingerichtete Orientierungsstufen sinnvoll. Diese in der Regel unter Beteiligung mehrerer Schulen unterschiedlicher Schularten eingerichte-

ten Klassenverbände und die hier erteilten Unterrichtsstunden werden statistisch bei denjenigen Schulen erfasst, denen die organisatorische Leitung dieser Orientierungsstufen übertragen wurde. Eine fiktive Umrechnung dieser in den Klassenstufen 5 und 6 erteilten Unterrichtsstunden ist schulweise nach Maßgabe der Verteilung der Klassenverbände auf die an schulartübergreifend organisierten Orientierungsstufen beteiligten Schulen möglich. Auf der Grundlage der Saldensummen, die sich aus dieser fiktiven Zurechnung ergeben, werden die Umrechnungsmassen korrigiert.

Nach dieser Korrekturrechnung liegen nun bereinigte Umrechnungsmassen vor, die schulartspezifische Nachweisungen von Vollzeitäquivalenten auf beliebigen Aggregationsniveaus nach regionaler und sachlicher Gliederung ermöglichen.

4. Zusammenführung zu Vollzeitlehrer-Einheiten

Die Vollzeitlehrer-Einheiten ergeben sich, wie oben angeführt, als Summe aus den hauptberuflich Vollzeitbeschäftigten und den Vollzeitäquivalenten. Dabei werden die Vollzeitäquivalente als Quotient aus der für die Teilzeitlehrkräfte ermittelten bereinigten Umrechnungsmasse und der für die Vollzeitbeschäftigten errechneten durchschnittlichen Unterrichtsverpflichtung ermittelt. Es gilt:

Vollzeitlehrer-Einheiten

$$= \text{Vollzeitlehrkräfte} + \text{Vollzeitäquivalente}$$

$$= \text{Vollzeitlehrkräfte} + \frac{\text{verfügbare Stunden von Teilzeitlehrkräften}}{\text{schulartspezifisches Regelstundenmaß von Vollzeitlehrkräften}}$$

Analysen nach Geschlecht und Schulstufen möglich

An den allgemein bildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wurde im vergangenen Schuljahr ein Betreuungsangebot im Umfang von 28 485 Vollzeitlehrer-Einheiten bereitgestellt, wobei 26 510 auf die öffentlichen und 1 975 auf die privaten Schulen entfielen. Rund 50 % der Vollzeitlehrer-Einheiten sicherten die Versorgung im Bereich der Grund- und Hauptschulen, 24 % die an Gymnasien, 12 % die an Realschulen und 7,5 % die an den Sonderschulen des Landes. Die Betreuung der Schülerinnen und Schüler an den integrierten Gesamtschulen beanspruchte gut 2,5 %, die Versorgung der regionalen Schulen knapp 3 % der Vollzeitlehrer-Einheiten. Eine detaillierte Übersicht – differenziert nach Schularten sowie öffentlichen und privaten Schulen – gibt die nebenstehende Tabelle. Auf die Darstellung regionalisierter Ergebnisse wird hier verzichtet. Das jährliche Aufbereitungsprogramm der Schulstatistiken sieht die Berechnung differenzierter Ergebnisse bis zur Kreisebene vor, die auch im Statistischen Bericht „Allgemein bildende Schulen, Kollegs und Abendgymnasien – Teil II: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte“ veröffentlicht werden.

Die Ermittlung von Vollzeitlehrer-Einheiten lässt sich nicht nur für die Lehrerschaft insgesamt realisieren. Vielmehr sind auch Berechnungen für Lehrer-Teilmassen möglich. So bieten die Vollzeitlehrer-Berechnun-

Vollzeitlehrer-Einheiten¹⁾ im Schuljahr 1998/99 nach Schulart/-form, Rechtsstatus der Schule und Geschlecht

Schulart/-form	Insgesamt	Weiblich		Männlich	
	Anzahl		%	Anzahl	%
Öffentliche Schulen					
Schul- und Sonderschulkindergärten	127,0	120,8	95,1	6,2	4,9
Grundschulen	8 282,2	6 426,3	77,6	1 855,9	22,4
Hauptschulen	3 459,4	1 660,6	48,0	1 798,8	52,0
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	2 157,5	1 306,0	60,5	851,5	39,5
Realschulen	3 068,6	1 727,3	56,3	1 341,3	43,7
Gymnasien	5 823,2	2 058,3	35,3	3 765,0	64,7
Abendgymnasien und Kollegs	30,1	11,8	39,1	18,3	60,9
Integrierte Gesamtschulen ²⁾	780,4	392,8	50,3	387,6	49,7
Regionale Schulen	832,7	439,2	52,7	393,6	47,3
Duale Oberschulen	121,6	68,7	56,5	52,9	43,5
Sonderschulen für Lernbehinderte	1 242,2	671,1	54,0	571,1	46,0
Übrige Sonderschulen	585,5	348,2	59,5	237,3	40,5
Z u s a m m e n	26 510,4	15 230,9	57,5	11 279,4	42,5
Private Schulen					
Grundschulen	80,0	68,7	85,8	11,3	14,2
Hauptschulen	97,6	54,7	56,0	42,9	44,0
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	56,8	34,7	61,2	22,0	38,8
Realschulen	264,9	166,9	63,0	98,0	37,0
Gymnasien	1 008,8	454,2	45,0	554,6	55,0
Abendgymnasien und Kollegs	22,0	8,7	39,5	13,3	60,5
Freie Waldorfschulen	141,2	73,4	52,0	67,8	48,0
Sonderschulen für Lernbehinderte	14,3	8,3	58,1	6,0	41,9
Übrige Sonderschulen	289,3	155,6	53,8	133,7	46,2
Z u s a m m e n	1 974,9	1 025,2	51,9	949,7	48,1
Insgesamt					
Schul- und Sonderschulkindergärten	127,0	120,8	95,1	6,2	4,9
Grundschulen	8 362,2	6 495,0	77,7	1 867,2	22,3
Hauptschulen	3 557,0	1 715,3	48,2	1 841,7	51,8
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	2 214,3	1 340,8	60,6	873,5	39,4
Realschulen	3 333,5	1 894,1	56,8	1 439,4	43,2
Gymnasien	6 832,0	2 512,6	36,8	4 319,4	63,2
Abendgymnasien und Kollegs	52,1	20,5	39,3	31,6	60,7
Integrierte Gesamtschulen ²⁾	780,4	392,8	50,3	387,6	49,7
Regionale Schulen	832,7	439,2	52,7	393,6	47,3
Duale Oberschulen	121,6	68,7	56,5	52,9	43,5
Freie Waldorfschulen	141,2	73,4	52,0	67,8	48,0
Sonderschulen für Lernbehinderte	1 256,5	679,4	54,1	577,1	45,9
Übrige Sonderschulen	874,8	503,8	57,6	371,0	42,4
I n s g e s a m t	28 485,2	16 256,2	57,1	12 229,0	42,9

1) Abweichungen in den Summen ergeben sich aus dem Runden der Einzelwerte. – 2) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

Vollzeitlehrer-Einheiten¹⁾ im Schuljahr 1998/99 nach Schulart/-form und Schulstufe

Schulart/-form	Insgesamt	Davon eingesetzt in der ...			
		Elementarstufe	Primarstufe	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II
Schul- und Sonderschulkindergärten	127,0	127,0	–	–	–
Grundschulen	8 362,2	–	8 362,2	–	–
Hauptschulen	3 557,0	–	–	3 557,0	–
Organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen	2 214,3	–	952,1	1 262,1	–
Realschulen	3 333,5	–	–	3 333,5	–
Gymnasien	6 832,0	–	–	4 181,2	2 650,8
Abendgymnasien und Kollegs	52,1	–	–	–	52,1
Integrierte Gesamtschulen ²⁾	780,4	–	–	687,5	92,9
Regionale Schulen	832,7	–	–	832,7	–
Duale Oberschulen	121,6	–	–	121,6	–
Freie Waldorfschulen	141,2	–	42,5	70,7	28,0
Insgesamt	26 353,9	127,0	9 356,8	14 046,3	2 823,8

1) Ohne Sonderschulen; Abweichungen in den Summen ergeben sich aus dem Runden der Einzelwerte. – 2) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

gen z. B. die Möglichkeit, Aussagen zu den Geschlechterproportionen im allgemein bildenden Bereich zu treffen, in denen erhebungstechnisch bedingte Mehrfachzählungen ausgeschlossen sowie Teilzeitbeschäftigung und schulartbezogene Deputatsunterschiede berücksichtigt sind. Für das Berichtsjahr 1998/99 wurden erstmals die Vollzeitlehrer-Einheiten jeweils für weibliche und männliche Lehrkräfte ermittelt.

Hier zeigt sich folgendes Bild: In Vollzeitlehrer-Einheiten gemessen unterrichteten im vergangenen Schuljahr 16 256 weibliche und 12 229 männliche Lehrkräfte. Rund 57 % der an allgemein bildenden Schulen geleisteten Betreuung wurden somit von Frauen erbracht. An öffentlichen Schulen ist der Frauenanteil mit über 57 % deutlich höher als an privaten Schulen. Dies gilt, obwohl nach Schularten differenziert die Frauenanteile in den privaten Schulen nahezu überall höher sind als in den öffentlichen Schulen. Hier wirkt sich offensichtlich das Simpson-Paradoxon aus²⁾. Zu berücksichtigen ist

nämlich, dass Schularten mit vergleichsweise geringem Anteil weiblicher Lehrkräfte (wie Gymnasien und Kollegs) im Privatschulbereich vergleichsweise stark, Schulen mit allgemein hohem Anteil weiblicher Lehrkräfte (z. B. Grundschulen) vergleichsweise schwach vertreten sind. Dies bewirkt, dass – obwohl in privat geführten Schulen zum Teil deutlich höhere Anteile weiblicher Lehrkräfte beschäftigt sind – der Frauenanteil insgesamt in öffentlichen Schulen trotzdem höher liegt.

Neben geschlechtsspezifischen Differenzierungen ist ein Nachweis der Vollzeitlehrer-Einheiten auch auf der Ebene der Schulstufen möglich. Für Schularten, die eindeutig einer Schulstufe zugerechnet werden können, ist diese Zuordnung trivial. Als Umrechnungsfaktor bei schulstufenübergreifenden Schularten werden die ggf. im Primarbereich und den beiden Sekundarstufen erteilten Unterrichtsanteile im aktuellen Erhebungsjahr herangezogen. Hiernach waren im vergangenen Schuljahr von den 28 485 Vollzeitlehrer-Einheiten rund 0,5 % im vorschulischen Elementarbereich (Schul- und Sonderschulkindergärten), etwa 33 % im Primarbereich (Klassenstufen 1-4), knapp 50 % in der Sekundarstufe I

2) Eine anwendungsorientierte Darstellung des Simpson-Paradoxons bietet Krieg, H. H.: Simpson-Paradoxon und Jahresverdiensterhebung 1998, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 12/99, S. 258.

Schüler-Lehrer-Relationen¹⁾ im Schuljahr 1998/99 nach Schulart/-form und Schulstufe

Schulart/-form	Insgesamt	Elementarstufe	Primarstufe	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II
Schul- und Sonderschulkindergärten	11,3	11,3	–	–	–
Grundschulen ²⁾	20,2	–	20,2	–	–
Hauptschulen ²⁾	14,9	–	–	14,9	–
Realschulen	19,8	–	–	19,8	–
Gymnasien	16,0	–	–	18,5	12,2
Abendgymnasien und Kollegs	9,7	–	–	–	9,7
Integrierte Gesamtschulen ³⁾	15,1	–	–	15,6	11,6
Regionale Schulen	16,6	–	–	16,6	–
Duale Oberschulen	14,8	–	–	14,8	–
Freie Waldorfschulen	14,3	–	16,9	14,3	10,3
Insgesamt	16,9	11,3	20,2	17,2	12,1

1) Ohne Sonderschulen. – 2) Einschließlich Klassenstufen 1-4 bzw. 5-10 der organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen. – 3) Einschließlich Schulmodell Rockenhausen.

(Klassenstufen 5-10) und knapp 10 % in der Sekundarstufe II (Klassen-/Jahrgangsstufen 11-13) eingesetzt. Fast 8 % der Vollzeitlehrer-Einheiten entfielen auf die Sonderschulen.

Schüler-Lehrer-Relationen, ein Indikator für die Unterrichtsversorgung

Die Vollzeitlehrer-Einheiten auf die Schülerzahlen des aktuellen Schuljahres bezogen ergeben einen Indikator, der häufig als Gradmesser für die Qualität der Unterrichtsversorgung herangezogen wird. Für das Schuljahr 1998/99 ergibt sich eine Schüler-Lehrer-Relation von 16,9, das heißt, wie im Vorjahr kommen knapp 17 Schülerinnen und Schüler auf eine Vollzeitlehrer-Einheit. Naturgemäß streut diese Kennziffer deutlich zwischen den einzelnen Schularten. Sie liegt für die Grund- und die Realschulen des Landes bei rund 20 Schülerinnen und Schülern je Vollzeitlehrer-Einheit, für die Sonderschulen für Lernbehinderte bei 7,8 und für die übrigen Sonderschulen gar bei 6,1. Letzteres dürfte auf den deutlich höheren Betreuungsaufwand an

den Sonderschulen zurückzuführen sein. Der Aussagewert schulartspezifischer Vergleiche steigt, wenn für diejenigen Schularten, die ein schulstufenübergreifendes Unterrichtsangebot vorhalten, schulstufenbezogene Schüler-Lehrer-Relationen errechnet werden. So lässt sich die Gesamtrelation der Gymnasien, die eine Ausbildung von der 5. bis zur 13. Klassenstufe anbieten, nur sehr schwer mit der Realschul-Relation vergleichen, in der sich lediglich das Betreuungsangebot der Sekundarstufe I widerspiegelt. Eine schulstufenspezifisch für die Sekundarstufe I errechnete Gymnasial-Relation ist hier für den unmittelbaren Vergleich deutlich besser geeignet. Die vorstehende Übersicht zeigt schulstufenbezogen errechnete Schüler-Lehrer-Relationen im Schuljahr 1998/99.

Um regionale Vergleiche zu ermöglichen, werden schulartspezifische Schüler-Lehrer-Relationen alljährlich auch auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise errechnet und veröffentlicht. Auf die Darstellung dieser regionalisierten Ergebnisse soll hier jedoch verzichtet werden.

Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Beheizung der Wohnungen – Wandel der Heizungsart und Energieträger

Statistische Daten über Gebäude und Wohnungen werden durch die Bautätigkeitsstatistik zur Verfügung gestellt. Ihr Gegenstand sind die Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Hochbau, der Bauüberhang am Jahresende, die Bauabgänge von Hochbauten sowie die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes. Erhebungsgegenstand ist das Gebäude, das entweder als Wohn- oder Nichtwohngebäude gekennzeichnet wird. Nicht zur Bautätigkeitsstatistik zählen Tiefbauten wie zum Beispiel Straßen, Tunnel und Brücken.

Daneben werden gebäude- und wohnungsstatistische Daten als Ergebnis von Zensen und Stichproben nachgewiesen. Die in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählungen (GWZ) sowie die 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichproben (GWS) und die ab 1998 in vierjährigem Turnus stattfindenden Mikrozensus-Zusatzerhebungen (MZ) liefern Strukturdaten, die teilweise auch in den laufenden Bautätigkeitsstatistiken erhoben werden. Hierzu zählt unter anderem die Frage nach der Beheizung der Wohnungen, die im Laufe der letzten 50 Jahre einem erheblichen Wandlungsprozess unterlag. In dem folgenden Beitrag soll auf diese Strukturveränderungen eingegangen werden; dabei werden neben der Art der Beheizung auch die verwendeten Heizenergien angesprochen.

Bestandsaufnahme im Jahr 1950

Mit Stichtag 13. September 1950 fand die erste Gebäude- und Wohnungszählung nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland statt. Ihre Aufgabe war es, ein Bild über die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu liefern, der durch die Auswirkungen des Krieges völlig neu aufgebaut werden musste. Im Gegensatz zu vorangegangenen Zensen wurde die Wohnsituation in allen Gemeinden ermittelt, da gerade in den kleineren Gemeinden durch die Unterbringung der Bombengeschädigten und Heimatvertriebenen starke Veränderungen in der Wohnstruktur eingetreten waren.

Wohnungen 1950 nach ihrer Ausstattung

Ausstattung	Einheit	Rheinland-Pfalz	Kreisfreie Städte	Landkreise
Normalwohnungen ¹⁾	Anzahl	702 643	159 430	543 213
darunter mit				
Stromanschluss	%	99,1	99,2	99,1
Gasanschluss	%	29,8	80,9	14,8
Wasseranschluss	%	86,8	96,1	84,0
Badezimmer	%	14,7	26,1	11,3
Ofenheizung	%	96,1	93,9	96,7
Zentralheizung	%	3,9	5,6	3,4
Etagenheizung	%	0,5	1,1	0,4

1) Wohnungen mit einer voll ausgebauten Küche oder Kochnische, die sich nicht im Kellergeschoss oder einem Notwohngebäude befinden.

Den bei der Zählung ermittelten 921 400 Wohnparteien – dieser damals verwendete Begriff stimmt weitgehendst mit dem des Haushalts überein – mit rund 3 046 000 Personen standen 717 500 Wohnungen zur Verfügung. Davon befanden sich 2,2 % in Nichtwohngebäuden und 1,2 % in Notwohngebäuden. Neben den allgemein interessierenden Angaben über die Unterbringung der Bevölkerung standen auch Fragen zur Ausstattung der Wohnungen auf dem Programm. Es wurde die Zahl der Anschlüsse an das Strom-, Gas- und Wassernetz ebenso ermittelt wie die der Badezimmer und die Art der Beheizung.

Ofenheizung war die Regel

Bei der Art der Beheizung wurde unterschieden in Ofen-, Zentral- und Etagenheizung. Sie wurde für Normalwohnungen nachgewiesen. Definitionsgemäß handelte es sich bei diesen Wohnungen um Einheiten, die nicht im Kellergeschoss lagen, eine voll ausgebaute Küche oder Kochnische hatten und sich nicht in einem Notwohngebäude befanden.

Von den 702 600 als Normalwohnungen bezeichneten Einheiten hatten 675 000 oder 96 % eine Ofenheizung; der Rest entfiel auf Zentral- und Etagenheizungen. Erwartungsgemäß traten in den Landkreisen Wohnungen mit Ofenheizung anteilmäßig stärker auf (96,7 %) als in den kreisfreien Städten (93,9 %). Die Vermutung, dass Wohnungen jüngerer Datums eher mit Zentralheizung ausgestattet sind als die älteren Einheiten, lässt sich mit den damaligen Ergebnissen allerdings nicht eindeutig belegen.

Um sich ein Bild über die vor 50 Jahren herrschenden Wohnbedingungen machen zu können, soll in Ergänzung zu den Beheizungsarten auf die Ausstattungskriterien Strom, Gas, Wasser und Badezimmer eingegangen werden. Von den Wohnungen waren 99 % an das Stromnetz angeschlossen. Weniger üblich war in Rheinland-Pfalz die Verwendung von Gas. Im Landesdurchschnitt konnte in nur 30 % der Wohnungen diese Energie genutzt werden; insbesondere waren es die Haushalte in den kreisfreien Städten (81 %), die diese Energie zum Kochen nutzten. Der verhältnismäßig geringe Wert für die Landkreise (15 %) war auf fehlende Anschlussmöglichkeiten zurückzuführen. Daher wiesen auch diejenigen Regierungsbezirke mit starker städtischer Struktur wie Rheinhessen (43 %) und Pfalz (39 %) anteilmäßig mehr Wohnungen mit Gasanschluss auf als die vornehmlich landwirtschaftlich geprägten Bezirke Trier und Montabaur (je 14 %).

Der heute als Selbstverständlichkeit anzusehende Wasseranschluss einer Wohnung war im September 1950 nicht der Regelfall. Hierüber verfügten 87 % aller Wohnungen. Bei der Gegenüberstellung von Stadt- und Landkreisen macht sich auch hier ein starker Unter-

Erläuterung einiger Begriffe

Einzelöfen (u. a. Kohle-, Nachtspeicheröfen) beheizen in der Regel nur den Raum, in dem sie stehen und fest installiert sind.

Mehrraumöfen (z. B. in Form von Kachelöfen) beheizen gleichzeitig mehrere Räume (auch durch Luftkanäle).

Sammelheizungen sind technische Einrichtungen, die es ermöglichen, entweder alle Räume einer Wohneinheit oder ganze Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus mit Wärme zu versorgen. Man unterscheidet folgende Arten:

- **Fernheizung:** Hierbei werden ganze Wohnbezirke von einem zentralen Heizwerk (Fernheizwerk) aus mit so genannter Fernwärme versorgt.
- **Blockheizung:** Mit dieser Heizungsart wird ein ganzer Block von Häusern von einem zentralen Blockheizwerk aus beheizt. Die Heizquelle selbst ist an eines der Gebäude angebaut oder befindet sich in unmittelbarer Nähe eines dieser Gebäude.
- **Zentralheizung:** Hiermit werden sämtliche Wohneinheiten eines Gebäudes von einer zentralen Heizstelle, die sich innerhalb des Gebäudes (in der Regel im Keller) befindet, beheizt.
- **Etagenheizung:** Hierunter versteht man eine zentrale Heizanlage für sämtliche Räume nur einer Wohneinheit. Die Heizquelle hierfür (Therme) befindet sich meist in der Wohneinheit selbst.

schied zuungunsten der Landkreise bemerkbar. Von 100 Wohnungen in den Städten waren 96 an das Wassernetz angeschlossen, in den Landkreisen dagegen nur 84. Nur knapp 15 % der bei der Zählung im September 1950 erfassten Wohnungen besaßen ein Bad. In den kreisfreien Städten war der Wert mit 26 % wieder mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen (11 %).

Hohe Bautätigkeit bei steigender qualitativer Verbesserung der Wohnungen

Ging es in den ersten Jahren des Wiederaufbaus nach der Währungsreform im Jahr 1948 vor allem darum, das riesige Wohnungsdefizit abzubauen, herrschte also damals das Motto „Jedem Wohnungsanwärter eine Wohnung“, so wandelte sich im Laufe der Zeit diese Zielsetzung der staatlichen Wohnungsbaupolitik mit fortschreitendem Abbau des Defizits in die Forderung „Jedem Wohnungsanwärter seine Wohnung“. Begünstigt wurde diese Entwicklung von den schnell steigenden Einkommen. Hinzu kamen vielseitige Förderungsmaßnahmen des Gesetzgebers; erwähnt seien das 1. und 2. Wohnungsbaugesetz von 1950 bzw. 1956 (neu gefasst 1953 bzw. 1965).

Parallel zu der hohen Bauleistung – von 1950 bis 1966 wurden nach den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik im Wohnbau fast 488 000 Wohnungen errichtet – verbesserten sich Komfort und Ausstattung der Wohnungen. Ab Mitte der 50er Jahre begann der Umbruch des Beheizungssystems. In Verbindung mit dem Bau eines Badezimmers nahm der Anteil der ofenbeheizten Wohnungen kontinuierlich zugunsten der Zentralheizung ab. Im Jahr 1956 hatten nur 9,3 % der fertig gestellten Wohnungen des frei finanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbaus (einschließlich teilgeförderter Bauvorhaben) eine Zentralheizung. Im Jahr 1960 erfolgte in 22 von 100 neuen Wohnungen, 1965 bereits in 60 von 100 die Wärmezufuhr durch eine Zentralheizung. 1973 war die Zentralheizung zu einer Selbstverständlichkeit geworden, ihr Anteil erreichte fast 98 %.

Die enorme Aufbauleistung in den 50er und 60er Jahren wäre ohne den sozialen Wohnungsbau in dieser Form nicht möglich gewesen. Besonderes Gewicht hatten die Jahre 1953 bis 1960, als durch umfangreiche Sonderprogramme – vor allem für Flüchtlinge aus der damaligen DDR – in manchen Jahren die Sozialwohnungen über ein Drittel der errichteten Wohnungen ausmachten. Auffallend ist, dass die Umstellung von der Ofen- auf die Zentralheizung im Schnitt bei den öffentlich geförderten Wohnungen zwei Jahre später erfolgte als im frei finanzierten Wohnungsbau. Dieser erreichte 1961 die Quote von knapp 30 % zentralbeheizten Wohnungen, bei den öffentlich geförderten war es erst im Jahr 1963 so weit.

Die durch die vielen Neubauten bedingte Änderung der Beheizungsart zeigte sich erstmals Ende der 60er Jahre bei der im Herbst 1968 durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung. Der Anteil der mit einer Sammelheizung ausgestatteten Wohnungen hatte sich von 4 % im Jahr 1950 auf 27 % erhöht. Von den 1,157 Mill. Wohnungen rechneten rund 307 800 zu dieser Kategorie. Deutlich höher war aber immer noch die Quote der ofenbeheizten Wohnungen mit 73 % oder 848 800 Wohnungen. Sechs von zehn dieser Wohnungen wurden mit Kohle, Koks oder Holz beheizt, der Rest mit Öl, Gas oder Strom. Die hohe Zahl der neu fertig gestellten Wohnungen in den 70er Jahren – 1973 waren es 38 000 Einheiten – führte dann kontinuierlich zu dem anteilmäßigen Rückgang der mit Öfen beheizten Wohnungen. Der Anteil der Ofenheizung am gesamten Wohnungsbestand reduzierte sich von 64 % im Jahr 1972 auf nur noch 44 % in 1978.

Neue Heizungen durch Modernisierungsmaßnahmen

Im Rahmen der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichproben 1972 und 1978 wurden auch Fragen nach der Modernisierung gestellt. Von den im April 1972 ermittelten 679 800 bewohnten Wohngebäuden sollten 37 700 oder 5,5 % nach Aussagen der befragten Haushalte modernisiert werden. Neben dem Einbau von Bad oder Dusche und einer Innentoilette (WC) stand die Installa-

Rohzugang an Wohnungen in Wohngebäuden¹⁾ 1956 - 1973 nach der Ausstattung

Jahr	Frei finanziert und steuerbegünstigter Wohnungsbau ²⁾					Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau ³⁾				
	Wohnungen	davon mit ...				Wohnungen	davon mit ...			
		Ofenheizung		Zentralheizung			Ofenheizung		Zentralheizung	
		mit Badezimmer	ohne Badezimmer	mit Badezimmer	ohne Badezimmer		mit Badezimmer	ohne Badezimmer	mit Badezimmer	ohne Badezimmer
	Anzahl	%				Anzahl	%			
1956	16 931	76,4	14,1	9,3	0,2	9 258	87,5	6,9	5,4	0,2
1957	15 036	76,9	11,3	11,3	0,5	8 652	82,2	5,4	11,4	1,0
1958	12 606	73,5	11,1	13,7	1,7	8 450	86,1	5,5	8,2	0,2
1959	14 504	73,9	7,8	17,8	0,5	10 970	90,0	2,8	6,9	0,3
1960	17 059	72,4	5,5	21,6	0,5	8 846	91,6	1,8	6,5	0,1
1961	19 809	65,9	4,4	29,1	0,6	5 326	87,8	2,0	10,0	0,2
1962	19 507	58,4	3,7	37,2	0,7	4 706	77,3	2,5	19,8	0,4
1963	19 918	50,2	4,8	44,0	1,0	6 968	68,1	2,3	29,0	0,6
1964	20 479	46,0	2,9	50,1	1,0	7 433	56,1	0,8	42,8	0,3
1965	20 692	38,6	1,3	59,5	0,6	6 407	45,7	0,3	53,5	0,5
1966	22 212	28,0	1,1	70,3	0,6	6 001	41,9	0,3	57,5	0,3
1967	20 551	21,9	0,5	77,2	0,4	4 109	32,7	0,7	66,4	0,2
1968	20 207	15,7	0,1	84,0	0,2	4 617	25,9	–	74,1	0,0
1969	19 429	13,5	0,1	86,2	0,2	4 817	22,2	0,0	77,8	0,0
1970	18 905	10,6	0,0	89,2	0,2	3 268	16,8	–	83,2	–
1971	20 737	7,2	0,0	92,6	0,2	3 584	11,6	–	88,3	0,1
1972	27 232	4,2	0,0	95,3	0,5	3 772	6,5	–	93,4	0,1
1973	31 027	2,4	0,0	97,5	0,1	4 511	4,9	–	95,0	0,1

1) Neu- und Wiederaufbau einschließlich Umbau ganzer Gebäude. – 2) Einschließlich teilgeförderter Bauvorhaben. – 3) Nur voll geförderte Bauvorhaben.

tion einer Sammelheizung an der Spitze der beabsichtigten Maßnahmen. Bevorzugt planten die Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern den Einbau einer neuen Heizung; in erster Linie handelte es sich um Gebäude, die 1949 und später sowie vor 1919 errichtet worden waren.

1978 wurde nach den in den letzten fünf Jahren erfolgten nachträglichen Einbauten gefragt. Eine neue Sammelheizung erhielten 90 900 Wohnungen, davon allein 34 700 mit einem Baujahr bis 1918 und 30 800 der Baualterskategorie 1949 bis 1964. Damit hatten sich

weit mehr Hausbesitzer zu einer solchen Modernisierungsmaßnahme entschlossen als ursprünglich geplant. Dieses Ergebnis überrascht aber insofern nicht, als Rheinland-Pfalz von allen Bundesländern über den höchsten Uraltbestand an Wohnungen verfügt. Bei dem Zensus 1968 wurde ermittelt, dass 31 % der Wohnungen des Landes bis 1900 gebaut wurden. Mit deutlichem Abstand folgten Baden-Württemberg (25 %) und Bayern (24 %). Zwar ging der hohe Anteil der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Wohnungen in den Folgejahren durch eine rege Bautätigkeit auch in Rheinland-Pfalz weiter zurück, doch gelang es nicht, den Rang

Beheizung der Wohnungen 1950 - 1998

Beheizung Energieart	GWZ 1950		GWZ 1968		GWS 1972		GWS 1978		GWZ 1987		GWS 1993		MZ 1998	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	702 643	100	1 156 574	100	1 196 800	100	1 360 200	100	1 491 714	100	1 542 600	100	1 622 400	100
darunter Zentralheizung ¹⁾	27 298	3,9	307 762	26,6	385 900	32,2	638 300	46,9	883 793	59,2	1 066 700	69,1	1 349 400	83,2
Gas	–	–	–	–	48 300	11,5	156 100	21,1	261 962	29,6	423 100	39,7	690 900	51,2
Öl	–	–	–	–	322 900	77,0	536 900	72,4	594 196	67,2	619 400	58,1	649 900	48,2
Strom	–	–	–	–	16 600	4,0	22 100	3,0	9 871	1,1	13 100	1,2	(5 900)	(0,4)
Kohle, Holz	–	–	–	–	31 800	7,6	26 400	3,6	17 764	2,0	11 200	1,0	/	/
Etagenheizung	3 755	0,5	–	–	33 700 ²⁾	2,8	103 200 ²⁾	7,6	103 870	7,0	116 400	7,5	–	–
Einzel-/Mehrraum-ofenheizung	675 008	95,6	848 812	73,4	765 400	64,0	598 100	44,0	453 811	30,4	265 100	17,2	220 900	13,6
darunter Gas	–	–	–	–	38 100	6,2	58 000	11,6	68 345	20,6	–	–	51 600	23,4
Öl	–	–	336 673	39,7	288 600	46,7	256 100	51,0	81 130	24,5	–	–	49 300	22,3
Strom	–	–	–	–	51 800	8,4	55 900	11,1	85 713	25,8	–	–	76 800	34,8
Kohle, Holz	–	–	512 139	60,3	239 600	38,8	131 900	26,3	96 594	29,1	–	–	43 300	19,6

1) 1950, 1972-1987: Zentralheizung; 1968: Sammelheizung; 1993: Block-/Zentralheizung; 1998: Block-/Zentral-/Etagenheizung. – 2) Energieangaben bei Zentralheizung enthalten.

eins der Länderskala abzugeben. Nach den Ergebnissen der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1987 hatten noch 16 % der 1,5 Mill. Wohnungen im Land ein Baujahr vor 1900, im Bundesgebiet lag dieser Wert mit 10 % deutlich niedriger.

Der Rückgang der Wohnungen mit Ofenheizung setzte sich auch in den 80er und 90er Jahren fort. Bei der Zählung 1987 gaben knapp 31 % der Wohnungsinhaber an, dass Kohle- oder Ölöfen als Heizquelle für die Wohnung dienten. Von den so beheizten Wohnungen wurden gut 129 000 (29 %) im 19. Jahrhundert errichtet. Immerhin 192 000 oder 43 % der ofenbeheizten Wohnungen stammten aus der Zeit nach 1948.

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom Frühjahr 1998 ist die Zahl der ofenbeheizten Wohnungen inzwischen auf 221 000 gesunken, d. h., nur noch gut jede siebte Wohnung in Rheinland-Pfalz wurde durch Öfen beheizt. Aufgrund der Entwicklung in der Vergangenheit ist mit einem weiteren stetigen Rückgang dieser Art der Beheizung zu rechnen.

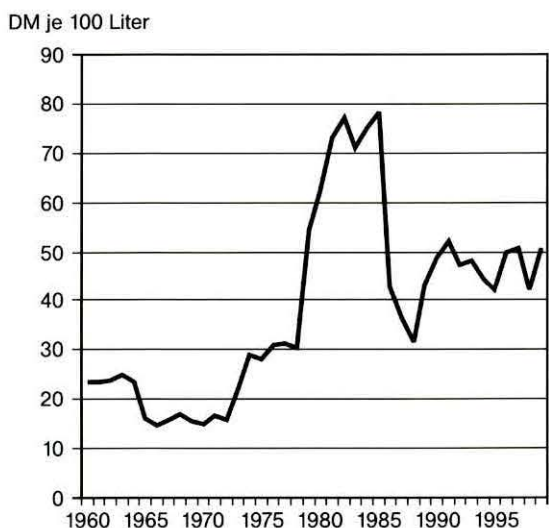
Zentralheizungen wurden zur Selbstverständlichkeit

Die zwischen den Jahren 1979 und 1998 genehmigten 438 600 neuen Wohnungen werden in 89 % der Fälle durch eine Zentralheizung beheizt. Diese Quote ist über den Zeitabschnitt auf Landesebene konstant geblieben und weicht nur zwischen kreisfreien Städten (82 %) und Landkreisen (91 %) etwas stärker ab. Auffälligkeiten sind bei einigen kreisfreien Städten zu beobachten. Insbesondere die Stadt Koblenz weist mit 70 % einen extrem niedrigen Anteil zentralbeheizter Wohnungen auf. Auch in den Städten Landau und Pirmasens ist der Wert mit 72 bzw. 77 % unterdurchschnittlich.

Für jede dreizehnte seit 1979 genehmigte Wohnung in Rheinland-Pfalz war eine Etagenheizung vorgesehen; etwas überdurchschnittlich lag die Quote in den kreisfreien Städten mit 10,3 %. Die Landkreise wiesen in den vier Beobachtungszeiträumen (1979 bis 1983, 1984 bis 1988, 1989 bis 1993 und 1994 bis 1998) Anteile zwischen 3,9 und 8,8 % auf, im Mittel waren es 6,8 %. Auffallend ist der hohe Anteil der mit einer Etagenheizung ausgestatteten Wohnungen in Koblenz (29 %); er ist als Gegenstück zu der Quote der Wohnungen mit Zentralheizung anzusehen. Unter den anderen kreisfreien Städten gibt es überdurchschnittlich viele Etagenheizungen in Landau, Pirmasens, Kaiserslautern, Worms und Zweibrücken. Im Landkreis Mayen-Koblenz (15,3 %) nahm der Anteil der Etagenheizungen seit 1979 kontinuierlich zu und erreichte im Zeitraum 1994 bis 1998 den höchsten Wert aller Kreise (18 %).

Wohnungen mit Einzelraumheizung sind mit einem Anteil von 1,6 % an den seit 1979 genehmigten Wohnungen ohne Bedeutung. 45 % oder 3 228 von ihnen wurden zwischen 1979 und 1984 genehmigt, eine Tatsache, die möglicherweise eine Reaktion auf die Ölkrise der 70er Jahre ist.

Verbraucherpreise für Heizöl 1960 - 1999 in Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 37/2000

Die überwiegend in städtischen Bereichen anzutreffende Fernheizung wurde in 1,1 % aller genehmigten Wohnungen als Heizung geplant; am höchsten waren die Anteile in Mainz (10,5 %) und Pirmasens (8,8 %). Eine noch geringere Bedeutung hatte die Blockheizung, deren Anteil im Land 0,7 % erreichte; 6,8 % der in Mainz genehmigten Wohnungen sollten damit beheizt werden.

Öl verdrängt Kohle

Mit dem Rückgang der Einzelraumheizung sank gleichzeitig die Bedeutung des Energieträgers Kohle. Kompensiert wurde dieser Prozess durch die stetige Zunahme der Zentral- und Etagenheizungen, die in überdurchschnittlichem Maße mit Heizöl betrieben wurden. Nach den Ergebnissen der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1987 war in vier von fünf der zwischen 1963 und 1973 errichteten Wohnungen eine Zentralheizung mit Heizöl installiert. Die Verbraucherpreise für diesen Energieträger waren in den 60er und 70er Jahren sehr günstig; einschließlich Mehrwertsteuer mussten die Bezieher von Heizöl im Jahresdurchschnitt 1966 je 100 Liter 14,61 DM bezahlen, 1970 waren es 14,90 DM und 1974 bereits 29,02 DM. Dieser prozentual sehr starke Anstieg innerhalb nur weniger Jahre ist auf die erste Ölkrise 1973 – ihr folgte 1979 eine zweite – zurückzuführen. Ende der 70er Jahre zog der Ölpreis sehr stark an; 1985 erreichte er mit 78,23 DM je 100 Liter seinen bisherigen Höchststand.

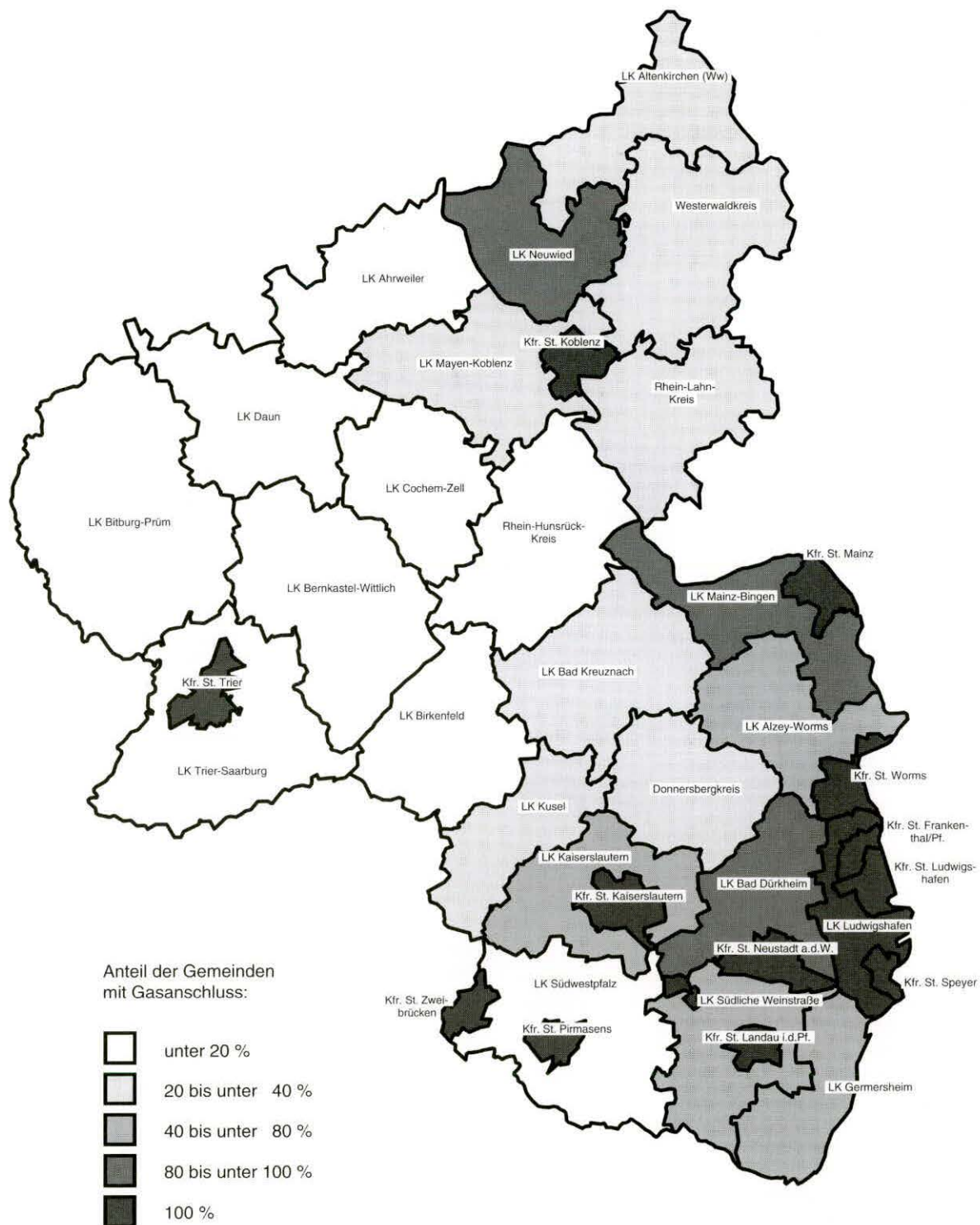
Energiepolitik im Umbruch

Der Ölschock von 1973 hatte weitreichende Auswirkungen, die alle Bereiche des Staates tangierten. Energie und Energiepolitik wurden neu bewertet; daraus resultierten vielfältigen Aktivitäten wie eine Verordnung

Genehmigte neue Wohnungen 1979 - 1998 in Wohngebäuden nach Art der Heizung

Verwaltungsbezirk	Wohnungen	Anteil an den genehmigten Wohnungen im Land	Anteil der genehmigten Wohnungen im jeweiligen Verwaltungsbezirk mit ...							
			Block- heizung	Zentralheizung			Etagenheizung			Einzel- raum- heizung
				Zeitraum insgesamt	1989 - 1993	1994 - 1998	Zeitraum insgesamt	1989 - 1993	1994 - 1998	
	Anzahl	%								
Kreisfreie Stadt Koblenz	8 756	2,0	0,3	70,1	69,9	74,4	28,9	29,8	24,4	0,8
Landkreise										
Ahrweiler	15 860	3,6	0,1	91,3	93,1	89,8	7,0	5,9	8,8	1,3
Altenkirchen (Ww.)	13 343	3,0	0,3	93,8	92,1	94,1	4,2	6,1	4,9	1,8
Bad Kreuznach	18 551	4,2	0,1	93,8	93,9	94,1	4,9	5,7	5,1	1,3
Birkenfeld	7 665	1,7	0,5	91,9	88,0	96,2	3,0	4,4	2,9	3,0
Cochem-Zell	6 582	1,5	0,3	94,4	93,1	96,3	2,4	4,3	2,2	3,0
Mayen-Koblenz	22 251	5,1	0,1	82,8	81,2	80,6	15,3	17,3	18,0	1,5
Neuwied	19 082	4,4	0,1	90,6	89,8	88,6	8,2	9,3	9,5	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	11 270	2,6	1,0	92,4	94,1	90,9	3,8	5,0	6,5	2,7
Rhein-Lahn-Kreis	12 868	2,9	0,1	89,6	89,1	88,8	8,8	10,3	10,8	1,5
Westerwaldkreis	22 802	5,2	0,1	92,6	91,0	91,5	5,4	6,8	7,3	1,9
RB Koblenz	159 030	36,3	0,2	89,6	88,9	89,0	8,3	9,6	9,7	1,6
Kreisfreie Stadt Trier	12 407	2,8	3,2	87,2	89,5	98,1	3,3	2,0	1,7	6,3
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	10 563	2,4	1,2	94,9	95,9	98,0	1,6	2,6	1,6	2,3
Bitburg-Prüm	8 670	2,0	0,7	95,4	96,0	97,4	1,2	2,0	0,9	2,7
Daun	7 919	1,8	0,6	91,8	94,5	95,7	2,6	2,5	3,5	5,0
Trier-Saarburg	13 278	3,0	1,4	94,0	97,4	92,6	1,5	1,4	1,6	3,1
RB Trier	52 837	12,0	1,5	92,5	94,4	95,8	2,1	2,0	1,8	3,9
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	5 580	1,3	1,9	93,2	94,5	90,9	4,9	5,5	9,1	0,1
Kaiserslautern	11 135	2,5	0,2	80,2	89,2	84,9	13,8	6,5	6,6	1,6
Landau i. d. Pfalz	5 342	1,2	-	71,7	69,8	80,4	26,5	27,2	18,5	0,4
Ludwigshafen a. Rhein	13 984	3,2	0,8	83,7	80,1	88,0	4,3	3,9	4,5	0,8
Mainz	21 649	4,9	6,2	81,7	77,5	83,7	5,0	5,3	3,8	0,1
Neustadt a. d. Weinstr.	5 765	1,3	0,8	87,3	82,0	95,9	10,8	15,4	4,0	0,5
Pirmasens	2 304	0,5	-	76,5	67,6	74,3	18,1	31,1	11,5	0,7
Speyer	5 954	1,4	1,2	80,5	79,3	87,3	8,1	6,8	4,3	1,3
Worms	8 301	1,9	0,2	86,4	83,8	91,9	12,7	15,8	8,0	0,7
Zweibrücken	2 273	0,5	-	87,3	88,1	91,8	11,8	9,8	8,2	0,8
Landkreise										
Alzey-Worms	16 397	3,7	0,2	92,4	91,4	91,9	6,4	7,3	7,3	1,0
Bad Dürkheim	16 478	3,8	0,2	86,7	83,1	88,2	11,7	15,9	11,2	1,4
Donnersbergkreis	9 116	2,1	0,2	93,3	92,3	94,1	4,1	6,8	4,9	2,4
Germersheim	15 541	3,5	0,1	87,9	84,8	83,4	8,5	11,3	11,8	1,3
Kaiserslautern	13 241	3,0	0,5	89,5	88,7	90,7	8,6	10,1	9,0	1,4
Kusel	6 861	1,6	0,4	92,2	94,7	92,4	3,9	3,0	7,3	3,4
Südliche Weinstraße	13 197	3,0	0,3	92,0	90,1	91,4	6,4	9,5	7,9	1,2
Ludwigshafen	18 888	4,3	0,2	87,1	88,5	87,5	10,6	11,0	11,8	1,4
Mainz-Bingen	25 425	5,8	0,3	89,9	85,4	91,2	9,1	14,1	8,5	0,5
Südwestpfalz	9 280	2,1	0,1	95,4	96,1	96,3	2,2	2,6	2,7	2,3
RB Rheinhessen-Pfalz	226 711	51,7	0,9	87,4	85,5	89,4	8,5	10,2	8,0	1,1
Rheinland-Pfalz	438 578	100	0,7	88,8	87,6	90,0	7,6	9,2	7,9	1,6
kreisfreie Städte	103 450	23,6	2,1	82,2	81,3	87,0	10,3	10,2	8,0	1,3
Landkreise	335 128	76,4	0,3	90,9	89,8	90,7	6,8	8,8	7,9	1,7

Anteil der Gemeinden mit Gasanschluss 1996 nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

über Feuerungsanlagen (1974), das Energieeinsparungsgesetz (1976), die Wärmeschutzverordnung (1977) sowie eine Heizungsanlagen- und Heizungsbetriebsverordnung (1978). Zudem wurden Programmförderungen, Direktsubventionen und Steuererleichterungen initiiert und die Forschung und Entwicklung sowie die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert.

Auch die amtliche Statistik spürte die Auswirkungen der Aktivitäten im Energiebereich. So sah das ab 1979 geltende neue 2. Baustatistische Gesetz für Baugenehmigungen und -fertigstellungen den Nachweis der Beheizungsart und der verwendeten Energieträger vor. Diese statistischen Daten wurden schnell ein wichtiger Bestandteil der Bautätigkeitsstatistik; aufgrund der aktuellen Verfügbarkeit und der hohen Aussagekraft der Ergebnisse wurde der Erhebungskatalog unverändert in das zurzeit – seit 1999 – gültige Hochbaustatistikgesetz übernommen.

Aufbau der Gasversorgung

Ab Mitte der 60er Jahre kam zu der damals noch bedeutenden Kohle und dem immer wichtiger werdenden Heizöl als dritter Energieträger das Gas dazu. Durch einen stetigen Ausbau der Gasnetze beträgt heute die Länge der rheinland-pfälzischen Leitungen rund 11 000 km. Der Energieträger Gas hat sich aufgrund seiner günstigen wärmetechnischen und umweltschonenden Eigenschaften gut bewährt und auch deshalb beachtliche Steigerungsraten aufweisen können. Heute sind etwa 40 % der Haushalte des Landes an die Erdgasversorgung angeschlossen.

Die Entscheidung zum Ausbau des Gasnetzes war mit geprägt durch die Ölkrisen der 70er Jahre. Die Mehrpreisigkeit des Energieangebotes erlaubt es den Verbrauchern, auf die wechselnden Situationen auf dem Welt-Ölmarkt flexibel zu reagieren und durch Ausweichen auf andere Energieformen Preissprünge zu umgehen und momentane Versorgungslücken zu schließen.

Da das Gas für Rheinland-Pfalz ausschließlich überregional bezogen werden muss, haben die vertragliche Sicherung entsprechender Gasmengen und die optimale Einbindung des Landes in die überregionalen Gastransportsysteme große Bedeutung. Wichtig für die Gasversorgung ist die „Erdgasdrehscheibe“ Mittelbrunn in der Westpfalz. Hier kreuzen sich die bedeutende Nord-Süd-Leitung TENP (Trans European Natural Gas Pipeline), die Erdgas von der Nordsee nach Italien transportiert, und die MEGAL (Mittleuropäische Erdgasleitung) von Russland nach Frankreich. Weitere große Erdgasleitungen, die vom Norden durch den Westerwald in den Raum Frankfurt und aus dem Saarland bis nach Ludwigshafen führen, ergänzen die überregionale Anbindung des Landes. Mit dem Bau der MIDAL (Mitte-Deutschland-Anbindungs-Leitung), die Nordseegas von Emden über Kassel nach Ludwigshafen transportiert, wurde die Integration von Rheinland-Pfalz in den überregionalen Ferngasverbund weiter verbessert.

Immer noch viele Gemeinden ohne Gasanschluss

Nach den Angaben der Infrastrukturdatei des Landesinformationssystems hatten von den rund 2 300 Gemeinden in Rheinland-Pfalz Anfang 1979 insgesamt 144 einen Anschluss an das öffentliche Gasnetz. Damit waren zwar damals 2 159 oder knapp 94 % aller Gemeinden ohne Gasversorgung, doch bevölkerungsmäßig nur knapp die Hälfte der Einwohner des Landes. Völlig ohne Gasanschluss waren die vier Landkreise des Regierungsbezirks Trier.

Durch den kontinuierlichen Ausbau der Gasnetze in den folgenden Jahren wurden immer mehr Gemeinden an die Gasversorgung angeschlossen. Ende 1986 waren es landesweit 388 Gemeinden, davon lagen 236 im Regierungsbezirk Koblenz. Zehn Jahre später – Ende 1996 – lag diese Zahl landesweit bei 702. Der Anteil der Gemeinden mit Gasanschluss war in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich; am höchsten lag er im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit 56 %, gefolgt von den Regierungsbezirken Koblenz (28 %) und Trier (5,9 %). Den höchsten Versorgungsgrad hatten die Kreise Ludwigshafen (100 %), Bad Dürkheim (94 %) und Mainz-Bingen (88 %), den geringsten Bitburg-Prüm (3 %), Birkenfeld (4,2 %) und Trier-Saarburg (4,9 %).

Gas verdrängt Öl

Nachdem der Hauptenergieträger Kohle durch das Heizöl abgelöst wurde, setzte sich Gas als Energieträger in den letzten 20 Jahren immer mehr durch. Von den zwischen 1979 und 1998 genehmigten 438 600 Wohnungen in Rheinland-Pfalz sollten knapp 273 600 oder 62 % mit einer Gasheizung ausgestattet werden, in rund 144 700 Einheiten oder 33 % war eine Beheizung mit Öl vorgesehen. Diese deutliche Bevorzugung des Energieträgers Gas ist in erster Linie auf den verstärkten Ausbau des Leitungsnetzes zurückzuführen, der damit vielen Bauherren die Wahlmöglichkeit gab, sich für eine Öl- oder eine Gasheizung zu entscheiden. Der Anteil der gasversorgten Wohnungen nahm in den vier fünfjährigen Beobachtungszeiträumen rasch von 49 über 57 % auf 70 und 71 % zu. Entsprechend verloren die mit Öl beheizten neuen Wohnungen an Bedeutung. Lag deren Anteil in den Genehmigungsjahren 1979 bis 1983 noch bei 44 %, so sank er für die in den letzten zehn Jahren zum Bau freigegebenen Wohnungen auf 26 %.

Neun von zehn städtischen Wohnungen mit Gasheizung

Alle zwölf kreisfreien Städte sind an die Erdgasversorgung angeschlossen und weisen schon lange – aufgrund der früher vorhandenen städtischen Gaswerke – einen hohen Anteil gasbeheizter Wohnungen auf. Im Mittel der in den letzten 20 Jahren geplanten Neubauten liegt der Anschlussgrad bei 85 %, für den

Genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden 1979 - 1998 nach verwendeter Heizenergie

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Davon genehmigt ...							
				1979 - 1983		1984 - 1988		1989 - 1993		1994 - 1998	
	Beheizung der Wohnungen mit ...										
	Öl	Gas	Strom	Öl	Gas	Öl	Gas	Öl	Gas	Öl	Gas
	%										
Kreisfreie Stadt Koblenz	3,9	93,0	3,0	4,5	93,1	4,3	90,1	5,4	92,1	2,0	95,5
Landkreise											
Ahrweiler	34,9	61,6	2,2	44,9	50,0	43,0	52,7	28,1	70,3	27,6	69,5
Altenkirchen (Ww.)	50,8	44,9	2,9	60,5	31,3	57,6	36,3	48,1	49,3	42,8	55,4
Bad Kreuznach	33,5	64,6	1,1	48,5	47,3	40,5	56,5	23,9	75,4	25,7	73,8
Birkenfeld	71,5	20,5	5,2	72,3	13,8	83,7	7,6	67,0	25,0	64,3	33,8
Cochem-Zell	73,7	20,4	4,3	77,6	11,6	79,1	11,8	73,3	23,4	69,3	28,1
Mayen-Koblenz	28,7	66,9	3,8	42,0	51,6	34,1	59,5	29,5	66,5	20,0	76,7
Neuwied	14,4	82,4	2,1	26,4	69,3	14,6	82,0	8,9	89,9	8,3	88,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	62,9	34,3	1,5	84,5	10,9	73,1	22,3	55,9	41,8	47,4	51,6
Rhein-Lahn-Kreis	33,4	62,8	3,0	57,3	33,7	36,4	56,8	24,1	75,0	23,0	75,6
Westerwaldkreis	42,9	51,9	4,0	62,8	30,7	53,6	41,0	35,0	59,9	32,7	63,0
RB Koblenz	37,4	58,6	2,9	51,0	42,8	43,6	51,0	31,7	65,5	29,2	68,2
Kreisfreie Stadt Trier	21,2	70,2	8,5	18,3	72,2	20,2	57,0	26,7	68,4	20,0	79,4
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	77,9	17,0	3,4	83,3	5,0	81,5	13,6	70,7	27,2	76,5	22,7
Bitburg-Prüm	73,0	19,8	5,3	67,6	18,5	69,0	22,4	78,7	18,5	77,9	20,1
Daun	55,7	34,2	8,2	56,0	23,1	58,0	25,4	59,2	37,4	52,1	44,9
Trier-Saarburg	78,9	15,4	4,7	79,1	8,4	80,8	9,4	85,7	12,2	74,1	24,6
RB Trier	60,7	32,2	6,0	58,3	28,8	60,7	26,8	62,1	34,7	62,0	36,5
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	2,1	97,6	0,3	1,5	98,0	4,1	95,5	1,4	98,3	1,6	98,4
Kaiserslautern	9,7	85,0	0,9	17,3	76,6	5,1	91,6	2,3	93,5	5,8	86,0
Landau i. d. Pfalz	5,2	92,6	0,5	10,1	88,0	9,2	88,5	1,3	95,7	4,0	94,7
Ludwigshafen a. Rhein	3,3	85,2	1,0	9,3	83,4	1,9	83,2	1,4	83,1	1,5	91,3
Mainz	5,1	87,1	0,4	7,7	91,4	5,6	82,4	3,4	81,1	1,9	91,0
Neustadt a. d. Weinstr.	4,7	93,9	0,5	11,1	84,1	4,9	93,8	3,2	96,5	2,0	97,9
Pirmasens	36,0	57,8	0,8	58,7	36,4	27,3	70,6	24,3	74,5	21,9	63,9
Speyer	6,3	83,3	0,5	10,1	82,0	3,7	89,4	5,2	80,6	4,8	86,0
Worms	11,9	86,6	1,1	21,8	75,4	15,5	83,5	10,2	89,6	4,5	92,9
Zweibrücken	22,3	75,1	1,9	32,1	61,3	20,2	77,4	14,9	83,8	21,2	78,1
Landkreise											
Alzey-Worms	31,2	67,1	1,3	55,4	40,0	43,6	54,5	22,1	77,3	17,4	81,7
Bad Dürkheim	21,1	76,4	1,3	35,4	60,1	28,7	67,7	14,0	84,7	10,7	88,2
Donnersbergkreis	41,9	52,5	3,7	66,7	20,9	54,9	36,6	23,9	74,7	27,4	71,4
Germersheim	35,2	59,3	2,6	52,8	40,5	45,8	49,0	27,3	67,9	20,7	74,1
Kaiserslautern	36,3	59,5	2,8	57,4	34,0	41,0	53,9	29,7	68,4	19,0	80,0
Kusel	56,2	34,7	7,1	70,9	11,3	71,9	18,7	57,7	35,0	35,4	61,3
Südliche Weinstraße	47,3	48,9	2,4	77,6	13,9	62,1	33,6	30,2	68,3	25,1	73,7
Ludwigshafen	10,9	86,4	1,7	22,0	70,7	12,3	85,3	5,2	94,4	5,2	94,0
Mainz-Bingen	21,6	77,0	0,8	44,7	52,4	27,5	70,8	11,8	87,5	9,9	89,5
Südwestpfalz	73,3	21,0	3,5	82,5	5,6	80,9	11,7	77,4	19,9	58,2	40,4
RB Rheinhessen-Pfalz	23,5	72,1	1,7	36,4	57,7	28,5	66,3	15,7	80,0	15,2	82,1
Rheinland-Pfalz	33,0	62,4	2,6	44,3	48,6	37,1	56,7	26,0	70,3	26,8	70,7
kreisfreie Städte	8,7	85,2	1,8	13,1	82,4	8,1	83,1	6,7	85,6	5,8	89,8
Landkreise	40,5	55,3	2,9	55,8	36,3	47,1	47,7	32,6	65,1	31,4	66,5

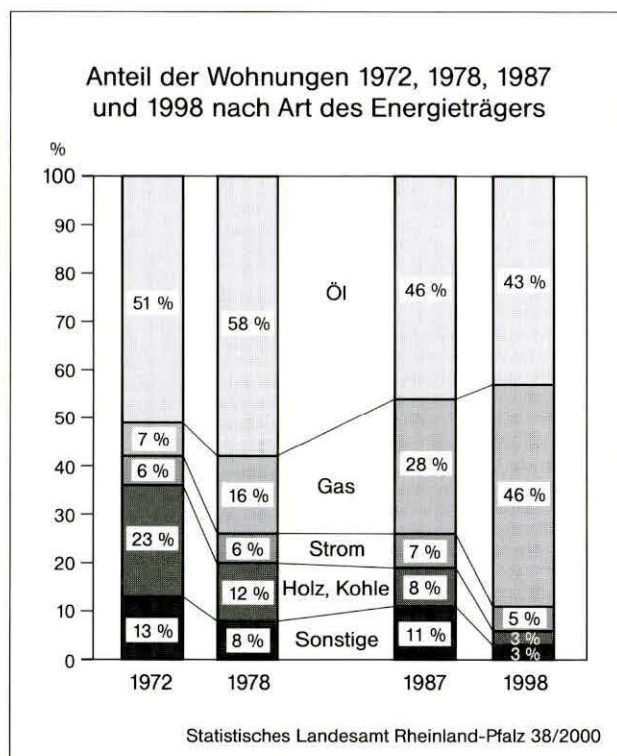
Zeitraum 1994 bis 1998 sogar bei 90 %. Dieser Wert wird übertroffen von den Städten Frankenthal und Neustadt (je 98 %), Koblenz (96 %), Landau (95 %), Worms (93 %) sowie Ludwigshafen und Mainz (je 91 %). Die niedrigste Quote entfällt auf die Stadt Pirmasens (64 %).

Bedingt durch die teilweise fehlende Nutzungsmöglichkeit können Wohnungen in den Landkreisen nicht in dem Maße mit Erdgas beheizt werden wie in den städtischen Gebieten. Im Durchschnitt der letzten 20 Jahre sind 55 % der neuen Wohnungen an das Gasnetz angeschlossen worden. Ebenso wie in den kreisfreien Städten ist auch bei den Landkreisen im Laufe der Jahre eine steigende Tendenz erkennbar. Waren es zwischen 1979 und 1983 erst 36 % gasbeheizte Wohnungen, so steigerte sich dieser Wert im Untersuchungszeitraum der Jahre 1994 bis 1998 auf 67 %.

Regional sind bei den Landkreisen sehr große Unterschiede bei der Quote der Wohnungen mit Gasheizung ersichtlich. Diese Tatsache überrascht nicht, da in den neun Kreisen Ahrweiler, Bitburg-Prüm, Daun, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg, Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück, Birkenfeld und Südwestpfalz Ende 1996 weniger als 20 % der jeweiligen Gemeinden an die Gasversorgung angeschlossen waren. Die meisten Wohnungen mit Gasheizung sollten seit 1979 in den Kreisen Ludwigshafen (86 %), Mainz-Bingen (77 %) und Bad Dürkheim (76 %) gebaut werden.

Auch im Altbestand mehr Gasheizungen

Konnten bei den 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichproben 1972 und 1978 rund 86 400 bzw. 214 100 Wohnungen mit Gasheizung ermittelt werden, so waren es



bei dem Zensus 1987 bereits 322 000 und im Frühjahr 1998 fast 742 500. Die Steigerung ist nicht nur auf die Neubautätigkeit zurückzuführen, sondern auch auf die Umrüstung von Wohnungen mit Ofenraumheizung in solche mit Zentral- oder Etagenheizung. Diese Annahme wird durch einen Vergleich der Zahl der Wohnungen der Baujahre 1949 bis 1978, wie sie aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 und der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 hervorgehen, belegt. Durch die Zählung wurden rund 554 000 Wohnungen dieser Alterskategorie mit Zentral- oder Etagenheizung ermittelt, in der Zusatzerhebung gut zehn Jahre später rund 654 000. Gleichzeitig ging in diesem Zeitraum die Zahl der Ofenheizungen von 445 000 auf 221 000 zurück. Während der Anteil der mit Gas betriebenen Zentral- und Etagenheizungen von 35 auf 51 % anstieg, ging die Quote der mit Öl beheizten Wohnungen von 61 auf 48 % zurück.

Vier von fünf Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit zentraler Gasheizung

Die heute als Selbstverständlichkeit anzusehende Zentralheizung ist Ende der 70er Jahre am häufigsten in Ein- und Zweifamilienhäusern (96 bzw. 94 %) eingebaut worden, in Mehrfamilienhäusern jedoch „nur“ zu 79 %. In dieser Gebäudeart wurde die Etagenheizung verhältnismäßig oft bevorzugt (17 %). Erwartungsgemäß sind die in den letzten 20 Jahren genehmigten 7 170 Einzelraumheizungen zu etwas mehr als der Hälfte in Einfamilienhäusern geplant gewesen.

Die zwischen 1979 und 1983 genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser sollten noch überwiegend mit Öl beheizt werden, der Anteil lag bei 57 bzw. 54 %. Eine Umstellung des Energieträgers erfolgte bei den Wohngebäuden der Jahre 1984 bis 1988; in je 47 % der Fälle sollten Gebäude mit einer Wohnung mit Öl bzw. mit Gas beheizt werden, bei denjenigen mit zwei Wohnungen wurde für jede zweite Einheit eine Gasversorgung gewählt. In den Folgejahren erhöhte sich der Gasanteil weiter und erreichte im Zeitraum 1994 bis 1998 für Einfamilienhäuser die Relation 38 % Öl zu 59 % Gas. Keine nennenswerten Unterschiede gab es bei den Wohngebäuden mit zwei Wohnungen (36 % zu 62 %).

Mehrfamilienhäuser, die verstärkt in städtischen Gebieten errichtet wurden, erhielten in weitaus stärkerem Maße eine Gasheizung als die kleineren Einheiten; der Anteil erhöhte sich von 73 % (1979 bis 1983) auf durchschnittlich 80 % in den Folgejahren.

Regionale Unterschiede bei den Energieträgern

Nachdem die Neubautätigkeit die Tendenz der Beheizungssysteme und -arten aufzeigt – die gasbetriebene Sammelheizung setzt sich immer mehr durch –, soll abschließend die Beheizung des Wohnungsbestandes beleuchtet werden. Mit den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 liegen aktuelle Daten vor. Von den 1 622 400 Wohnungen entfallen 86 % auf die

Genehmigte neue Wohnungen 1979 - 1998 nach Gebäudearten und vorwiegend verwendeter Heizenergie

Jahr der Genehmigung	Insgesamt		In Wohngebäuden mit . . .						In Wohnheimen	
			1 Wohnung		2 Wohnungen		3 und mehr Wohnungen			
	Öl	Gas	Öl	Gas	Öl	Gas	Öl	Gas	Öl	Gas
Anzahl										
1979-1983	51 838	56 873	25 990	15 491	17 643	12 481	7 642	24 771	563	4 130
1984-1988	27 260	41 623	15 495	15 682	8 247	8 866	3 315	15 877	203	1 198
1989-1993	30 632	82 828	15 748	21 573	7 547	12 993	6 679	43 666	658	4 596
1994-1998	35 002	92 235	15 174	23 459	9 419	16 120	10 086	51 035	323	1 621
1979-1998	144 732	273 559	72 407	76 205	42 856	50 460	27 722	135 349	1 747	11 545
%										
1979-1983	44,3	48,6	57,0	34,0	54,4	38,5	22,4	72,6	11,8	86,8
1984-1988	37,1	56,7	46,7	47,3	46,1	49,6	15,9	76,0	14,2	83,7
1989-1993	26,0	70,3	41,2	56,4	36,2	62,4	12,8	83,7	10,2	70,9
1994-1998	26,8	70,7	38,1	59,0	36,4	62,2	16,1	81,4	15,2	76,3
1979-1998	33,0	62,4	46,2	48,6	44,1	52,0	16,3	79,7	11,8	78,0

Sammelheizung und 220 900 oder 13,6 % auf die Ofenheizung. Innerhalb der mit dieser Stichprobe nachweisbaren acht Großräume des Landes (regionale Schichten) – sind im Allgemeinen keine gravierenden Abweichungen ersichtlich; eine Ausnahme bilden die Gebiete Trier und Westpfalz, in denen die Ofenheizung Anteile von 17 bzw. 16 % erreicht.

Differenzierter zeigt sich das Bild bei den wichtigsten Energieträgern Gas und Öl. Über dem Durchschnitt des Gasanteils von 50 % der Wohnungen lagen die Ergebnisse der Räume Vorderpfalz (66 %), Mittelrhein-West und Rheinhessen (je 56 %) und Westpfalz (54 %). Umgekehrt überwiegen ölbeheizte Wohnungen in den Gebieten Trier (73 %), Nahe (65 %), Südpfalz (54 %) und Mittelrhein-Ost (51 %).

Kommen erneuerbare Energien?

Die Betrachtung der verschiedenen Energieträger bei der Beheizung der Wohnungen in den letzten 50 Jahren lässt die Frage nach der zukünftigen Energieversorgung aufkommen. Verstärkt ist in letzter Zeit von erneuerbaren Energien gesprochen worden. In der Diskussion werden dabei Solarthermik, Photovoltaik, Gasthermik, Wasserkraft, Windkraft und Biomasse genannt. Es gibt dabei so viele Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien mit sehr unterschiedlichem Entwicklungs- und Kostenstand sowie Anwendungsmöglichkeiten, dass eine Bewertung der künftigen Nutzungspotenziale in Gebäuden aus heutiger Sicht noch nicht möglich ist.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Einkommensmillionäre

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik erfasst in Abständen von drei Jahren, zuletzt für 1995, alle Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit ihren steuerpflichtigen Einkünften. Das Steuerstatistikgesetz vom 11. Oktober 1995 ist die Rechtsgrundlage für die Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Es legt die Erhebungsmerkmale fest, bei denen es sich um die im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben handelt.

Die Steuerstatistiken sind Sekundärerhebungen, das heißt in diesem Fall, dass die Angaben nicht unmittelbar bei den einzelnen Steuerpflichtigen erfragt, sondern erst nach Abschluss der steuerlichen Veranlagungsverfahren aus den Unterlagen der Finanzverwaltung gewonnen werden. Daraus erklärt sich auch die lange Zeit bis zur Vorlage der Ergebnisse.

Art und Umfang der durch die Statistik ermittelten Daten werden weitestgehend von den steuerrechtlich relevanten Tatbeständen und Begriffsabgrenzungen bestimmt. Grundsätzlich können in der Statistik diejenigen Steuerpflichtigen und Einkünfte nicht nachgewiesen werden, die steuerlich nicht erfasst worden sind. Die Tatsache, dass die vorliegenden Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 hinsichtlich der Erhebungstatbestände und Aufbereitungsmerkmale an den relevanten steuerrechtlichen Bestimmungen orientiert sind, bedeutet jedoch keine grundsätzliche Einschränkung ihrer Aussagekraft, sondern lediglich, dass bei der Beurteilung und Interpretation der Ergebnisse diesem Umstand Rechnung getragen werden muss.

Zahl der Einkommensmillionäre rückläufig

Als Einkommensmillionäre werden hier die Steuerpflichtigen bezeichnet, deren Gesamtbetrag der Einkünfte mindestens 1 Mill. DM erreichte. Im Jahr 1995 waren es 741, ein Viertel weniger als 1992. Gemessen an der Gesamtzahl der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen waren die Einkommensmillionäre mit einem Anteil von 0,06 % eine sehr kleine Gruppe. Ihre Bedeu-

tung ist jedoch erheblich größer, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte als Maßstab herangezogen wird, denn hier lag ihr Anteil bei 2,6 %. Ihr Beitrag zum gesamten Einkommensteueraufkommen war wegen des progressiven Einkommensteuertarifs erheblich: Sie zahlten 6,2 % der insgesamt festgesetzten Einkommensteuer.

Die Darstellung der Einkommensmillionäre nach ihrer überwiegenden Einkunftsart zeigt, dass die meisten, nämlich 60 %, Gewerbetreibende waren, 14 % waren Selbständige, für 12 % war ihr Kapitalvermögen die überwiegende Einkunftsart und 10 % waren Arbeitnehmer. Jeweils weniger als 2 % der Einkommensmillionäre bezogen überwiegend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder aus Land- und Forstwirtschaft. Der Rückgang der Zahl der Einkommensmillionäre ist insbesondere bei den Eignern von Kapitalvermögen, den Selbständigen und den Gewerbetreibenden zu beobachten.

Gewerbetreibende mit höchsten Einkünften

Die höchsten positiven Durchschnittseinkünfte je Einkommensmillionär stammten überwiegend aus Gewerbebetrieb (2 996 000 DM), aus Kapitalvermögen (2 437 000 DM) sowie aus Land- und Forstwirtschaft (2 317 000 DM). Die übrigen Einkunftsarten folgten mit deutlichem Abstand. Nur knapp über dem Schwellenwert lagen die Arbeitnehmer mit 1 038 000 DM je Einkommensmillionär.

Neben der jeweiligen Haupterwerbsquelle verfügten auch die Einkommensmillionäre über weitere positive Einkünfte. Insbesondere galt dies für die Bezieher von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie für die Arbeitnehmer, bei denen die Nebeneinkünfte 35 % bzw. 30 % zur Summe der positiven Einkünfte beitrugen. Selbständige und Gewerbetreibende hatten dagegen in deutlich geringerem Umfang Nebeneinkünfte. Der Anteil an der Summe der positiven Einkünfte belief sich hier auf nur 8 % bzw. 12 %.

Unbeschränkt lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommensmillionäre 1995
nach überwiegender Einkunftsart

Überwiegende Einkunftsart	Einkünfte aus der jeweils überwiegenden Einkunftsart		Summe der positiven Einkünfte	Summe der negativen Einkünfte		Gesamtbetrag der Einkünfte	Festgesetzte Einkommensteuer
	Steuerpflichtige	1 000 DM		Steuerpflichtige	1 000 DM		
Land- und Forstwirtschaft	12	27 806	.	.	.	29 718	8 409
Gewerbebetrieb	442	1 324 076	1 497 629	213	- 43 364	1 453 798	567 099
Selbständige Arbeit	102	150 642	164 160	74	- 15 076	149 051	65 256
Nichtselbständige Arbeit	77	79 910	113 240	45	- 5 590	107 620	47 117
Kapitalvermögen	90	219 362	283 825	64	- 26 253	257 432	120 430
Vermietung und Verpachtung	14	17 148	26 288	8	- 307	25 943	10 596
Sonstige Einkünfte	4	6 379	.	.	.	6 975	2 625
Insgesamt	741	1 825 323	2 122 050	411	- 90 790	2 030 537	821 532

**Unbeschränkt lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommensmillionäre 1995
und ihre Besteuerungsgrundlagen nach der Grund- bzw. der Splittingtabelle**

Besteuerungsgrundlagen	Steuerpflichtige			Beträge		
	insgesamt	Grundtabellen- besteuerte	Splittingtabellen- besteuerte	insgesamt	Grundtabellen- besteuerte	Splittingtabellen- besteuerte
	Anzahl			1 000 DM		
Positive Einkünfte	741	157	584	2 122 050	474 734	1 647 316
davon aus						
Land- und Forstwirtschaft	43	13	30	28 416	3 132	25 284
Gewerbebetrieb	535	123	412	1 362 278	332 741	1 029 537
selbständiger Arbeit	219	27	192	159 228	19 709	139 519
nichtselbständiger Arbeit	504	76	428	194 047	25 837	168 210
Kapitalvermögen	602	122	480	324 090	85 088	239 002
Vermietung und Verpachtung	284	71	213	44 265	5 942	38 323
sonstigen Einkünften	169	32	137	9 726	2 286	7 440
Negative Einkünfte	411	61	350	- 90 790	- 10 073	- 80 717
davon aus						
Land- und Forstwirtschaft	15	4	11	- 1 919	- 309	- 1 610
Gewerbebetrieb	61	7	54	- 11 719	- 1 699	- 10 020
selbständiger Arbeit	16	-	-	- 321	-	-
nichtselbständiger Arbeit	-	-	-	-	-	-
Kapitalvermögen	16	6	10	- 271	- 69	- 202
Vermietung und Verpachtung	363	51	312	- 76 559	- 7 986	- 68 573
sonstigen Einkünften	-	-	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Einkünfte	741	157	584	2 030 535	464 515	1 566 020
Sonderausgaben	741	157	584	70 956	13 391	57 565
andere als Vorsorge- aufwendungen	741	157	584	62 361	12 246	50 115
darunter						
Spenden und Beiträge	608	115	493	6 875	1 059	5 816
gezahlte Kirchensteuer	543	94	449	45 135	8 006	37 129
Steuerberatungskosten	408	82	326	2 906	733	2 173
Vorsorgeaufwendungen	734	152	582	8 596	1 146	7 450
Außergewöhnliche Belastungen	225	42	183	1 052	362	690
Verlustabzug	55	12	43	56 175	14 545	41 630
Zu versteuerndes Einkommen	741	157	584	1 896 540	435 775	1 460 765
Festgesetzte Einkommensteuer	738	156	582	821 532	185 636	635 896

Negative Einkünfte können nach dem Steuerrecht mit positiven Einkünften verrechnet werden und mindern so die Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer. Einkommensmillionäre machten von dieser Möglichkeit in unterschiedlichem Ausmaß Gebrauch. Nahezu die Hälfte der gewerbetreibenden Einkommensmillionäre wies negative Einkünfte nach, im Durchschnitt waren es 204 000 DM je Einkommensmillionär. Der gleiche Mittelwert errechnete sich für die Selbständigen. Bei ihnen war der Anteil derjenigen mit negativen Einkünften jedoch deutlich größer (73 %). Von den Einkommensmillionären, die überwiegend Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielten, hatten anteilmäßig fast genau so viele negative Einkünfte. Diese waren jedoch im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch.

Einkommensmillionäre zahlten im Schnitt 1,1 Mill. DM Einkommensteuer

Die Einkommensmillionäre erzielten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von insgesamt 2 031 Mill. DM, im Schnitt waren es 2 740 000 DM je Einkommensmillionär. Dieser Wert wurde nur von den Gewerbetreibenden und

den Eignern von Kapitalvermögen übertroffen. Den vergleichsweise geringsten Durchschnittsbetrag hatten die Arbeitnehmer mit 1 398 000 DM je Einkommensmillionär zur Verfügung. Verglichen mit 1992 hat der Gesamtbetrag der Einkünfte je Einkommensmillionär um 17 % zugenommen. Besonders groß waren die Zuwächse bei den sonstigen Einkünften (+ 61 %) sowie den Land- und Forstwirten (+ 40 %). Ebenfalls überdurchschnittlich waren sie bei den Gewerbetreibenden (+ 27 %). Einbußen mussten lediglich die Arbeitnehmer (- 4 %) und die Selbständigen (- 3 %) hinnehmen.

Vom Gesamtbetrag der Einkünfte wurden 1995 Sonderausgaben in Höhe von 71 Mill. DM abgesetzt, im Schnitt waren es 95 800 DM je Einkommensmillionär. Die größten Positionen waren die gezahlte Kirchensteuer (45 Mill. DM), die Vorsorgeaufwendungen (9 Mill. DM) sowie die Spenden und Beiträge (7 Mill. DM). Einen Steuerberater bemühte nur gut die Hälfte (55 %) der Einkommensmillionäre, die dafür 3 Mill. DM aufwandten. Eine Steuerbegünstigung zur Förderung des Wohneigentums erhielten 22 % der Einkommensmillionäre, im Durchschnitt waren es 18 900 DM je Einkommensmillionär.

Nach § 10d Einkommensteuergesetz ist es möglich, Verluste, die bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht ausgeglichen werden, zurückzutragen bzw. vorzutragen. Diese Regelung nutzten 55 Einkommensmillionäre, die einen Verlustabzug in Höhe von 56 Mill. DM geltend machten. Gegenüber 1992 haben sowohl die Anzahl als auch das Volumen erheblich zugenommen.

Die Einkommensmillionäre zahlten insgesamt 822 Mill. DM Einkommensteuer, im Schnitt errechneten sich 1 113 000 DM je Einkommensmillionär. Das waren 6,2 % mehr als 1992. Entsprechend ihrem überdurchschnittlichen Einkommen führten die Eigner von Kapitalvermögen und die Gewerbetreibenden die höchsten Einkommensteuerbeträge ab, während auf die Arbeitnehmer der geringste Betrag entfiel. Gemessen am Gesamtbetrag der Einkünfte war die Steuerbelastung der Einkommensmillionäre aus der Land- und Forstwirtschaft mit 28,3 % recht niedrig, bei Erträgen von mindestens 1 Mill. DM überwiegend aus Kapitalvermögen wurden dagegen 46,8 % des Gesamtbetrags der Einkünfte als Einkommensteuer fällig. Bei den Selbständigen und den Arbeitnehmern war die Belastung mit 43,8 % gleich hoch. Trotz des deutlich höchsten durchschnittlichen Gesamtbetrags der Einkünfte war die Steuerbelastung der Gewerbetreibenden mit 39 % vergleichsweise gering.

79 % der Einkommensmillionäre waren verheiratet

Von den 741 Einkommensmillionären waren 584 oder 79 % verheiratet, 157 wurden als Einzelpersonen nach der Grundtabelle besteuert. Damit war der Anteil der Verheirateten unter den Einkommensmillionären deutlich höher als bei der Gesamtheit der Steuerpflichtigen, denn hier waren es 54 %. Unter den Ehepaaren waren besonders viele mit negativen Einkünften, die zudem im Durchschnitt deutlich höher waren als bei den Einzelpersonen. Ehepaare erreichten mit 2 682 000 DM je Einkommensmillionär darüber hinaus einen um 10 % geringeren durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte als Einzelpersonen.

Die weitaus meisten Einkommensmillionäre waren männlich. Der Männeranteil belief sich auf 86 %. Mehr als drei Viertel von ihnen waren verheiratet. Im Durchschnitt erzielten sie positive Einkünfte von 2 749 000 DM. Kaum weniger war es bei den nach der Grundtabelle besteuerten Männern.

Bei den Frauen war der Anteil der Verheirateten mit 71 % etwas geringer. Die Summe ihrer positiven Einkünfte lag im Durchschnitt um 14 % unter dem Niveau der vergleichbaren Männergruppe. Die nach der Grundtabelle besteuerten Frauen verdienten dagegen überdurchschnittlich gut. Sie erreichten im Schnitt 3 696 000 DM, das waren 35 % mehr als bei den Männern.

19 Einkommensmillionäre je 100 000 Einwohner

Im Durchschnitt entfielen auf 100 000 Einwohner 19 Einkommensmillionäre, dies waren 7 weniger als 1992. Begehrter als Wohnort für die Einkommensmillionäre waren Pirmasens (33 Einkommensmillionäre je 100 000 Einwohner), Koblenz (32 Einkommensmillionäre je 100 000 Einwohner) und Mainz (29 Einkommensmillionäre je 100 000 Einwohner). In Neustadt entsprach die Millionärsdichte genau dem Landesdurchschnitt, in allen übrigen kreisfreien Städten lag sie darunter. In Ludwigshafen lebten je 100 000 Einwohner lediglich 7 Einkommensmillionäre.

Unter den Landkreisen ragte Neuwied mit 30 Einkommensmillionären je 100 000 Einwohner heraus. Es folgten der Landkreis Ahrweiler und der Westerwaldkreis mit jeweils 26 sowie die Landkreise Birkenfeld und Mayen-Koblenz mit jeweils 25 Einkommensmillionären je 100 000 Einwohner. Auch den Landkreis Mainz-Bingen hatten relativ viele Einkommensmillionäre als Wohnort gewählt. Gering war die Millionärsdichte dagegen im Donnersbergkreis.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 025	4 025	4 025
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 876	1 814	1 656	1 265	2 245	3 435 ^p	1 609 ^p	1 207 ^p	2 267 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	4,8	3,8	6,6	10,4 ^p	4,7 ^p	3,6 ^p	6,6 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 473	3 303	3 214	3 066	3 182
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	9,4	9,3	9,3
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	3 435	3 504	3 835
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	10,1	10,6	11,2
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	14	9	10	19
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,2	4,3	2,6	3,2	5,7
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	– 128	– 256	– 221	– 438	– 653
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 0,4	– 0,8	– 0,6	– 1,3	– 1,9
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	11 230	8 602	8 808	10 138	11 257
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	8 219	7 726	8 988	9 391	10 822
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	3 011	876	– 180	747	455
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 861	13 867	14 871	14 084	16 554	13 500	14 506
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	144 030	147 901	157 917	141 306	140 180	142 886	149 027
Männer	Anzahl	94 978	88 177	77 911	80 630	89 208	75 077	74 555	76 701	82 031
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 360	9 021	.	.	9 621	5 921	.	.	7 825
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	.	.	47 300	40 217	.	.	42 874
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,2	8,8	8,0	8,2	8,8	7,7	7,7	7,8	8,2
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	10,3	9,7	8,9	9,2	9,8	8,6	8,5	8,7	9,1
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	20 296	19 544	21 172	31 438	23 013	21 778	23 049
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	700	799	.	.	544	1 060	.	.	640
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	.	.	4 873	7 188	.	.	5 667
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	3 124	5 278	3 528	4 490	4 147	3 353	3 212
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾										
	t	12 943	12 389	12 979	13 867	12 982	12 636	13 069	14 333	13 451
Rinder	t	3 348	3 196	3 616	3 947	3 717	3 143	3 454	4 146	3 719
Kälber	t	33	28	31	43	53	22	29	38	58
Schweine	t	9 453	9 045	9 216	9 745	9 058	9 352	9 460	10 009	9 503
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	60 965	56 974	60 451	60 543	60 918	57 785	61 567
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 626	15 581	15 798	15 747	15 584	14 061	13 866	14 349	14 497
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 282	2 277	2 277	2 291	2 294	2 293	2 293
Beschäftigte	1000	312	312	314	313	312	309	308	307	306
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	201	200	202	201	200	198	197	196	195
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	27 946	27 268	24 662	27 184	26 781	27 394	24 718
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 623	2 494	1 763	1 610	1 613	2 269	1 705
Löhne	Mill. DM	901	913	891	1 268	937	867	876	1 175	911
Gehälter	Mill. DM	779	798	731	1 226	826	743	737	1 094	794
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	9 734	9 536	9 226	10 233	9 841	10 205	9 996
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	3 849	3 755	3 712	4 130	4 046	4 198	4 177
Exportquote ¹¹⁾	%	41,8	40,9	39,5	39,4	40,2	40,4	41,1	41,1	41,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	6 673	4 311	-	-	3 525	1 995	-	-	2 431
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{1) 2)}	Mill. kWh	8 680	9 686	-	-	10 398	9 492	-	-	10 833
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000t	71	65	-	-	72	55	-	-	74
davon										
leichtes Heizöl	1 000t	37	33	-	-	40	24	-	-	43
schweres Heizöl	1 000t	34	32	-	-	32	30	-	-	31
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 154	1 148	1 067	1 203	1 193	1 214	1 135
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	167	175	161	136	159	203	186
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	410	564	632	685	641	412	505	619	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	24	24	24	27	24	19	20	28	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386	540	608	657	617	394	485	591	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	73	81	72	104	120	34	81	77	...
Wind- und Solarenergie	Mill. kWh	0,12	0,18	0,26	0,14	0,26	0,20	0,28	0,17	...
Wärmeleistung	Mill. kWh	313	459	535	554	497	359	404	514	...
Steinkohle	Mill. kWh	80	82	96	99	98	68	93	84	...
Erdgas	Mill. kWh	217	366	426	442	389	284	303	417	...
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	1,63	2,65	0,31	0,13	0,08	0,26	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	10	10	10	10	10	6	8	13	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	12	24	28	28	34	25	28	30	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	7	17	21	20	24	19	21	23	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 169	3 222	3 149	3 353	3 512	2 708	3 098	3 253	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 483	1 648	1 584	1 719	1 793	1 088	1 386	1 535	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	2 085	2 137	2 199	2 320	2 370	2 039	2 225	2 339	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	0,22	0,87	1,75	0,08	0,18	0,09	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412	5 625	5 405	7 468	7 892	4 035	5 697	7 604	...
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 369	5 617	5 344	7 535	7 852	3 984	5 613	7 602	...
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	100	-	-	100	97	-	-	96
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	97	100	-	-	111	107	-	-	117
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁶⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	48 970	48 503	47 795	48 716	48 613	48 170	47 825
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	24 889	24 679	24 263	25 650	25 578	25 558	25 148
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	9 420	9 267	8 979	8 819	8 787	8 493	8 460
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	4 754	4 887	5 600	4 985	3 521	5 680	5 531	4 949	3 970
Hochbau insgesamt	1000	3 038	3 163	3 560	3 189	2 341	3 476	3 425	3 086	2 494
Wohnungsbau	1000	1 967	2 188	2 513	2 200	1 586	2 288	2 234	2 060	1 627
gewerblicher Hochbau	1000	798	741	792	759	603	859	878	754	659
gewerblicher und industrieller Bau	1000	730	701	768	723	585	823	837	734	638
Bahn und Post	1000	44	27	9	24	14	18	18	5	13
landwirtschaftlicher Bau	1000	24	14	15	12	4	18	23	15	8
öffentlicher Hochbau	1000	274	234	255	230	152	329	313	272	208
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1000	66	49	51	46	38	89	92	83	52
Körperschaften des öffentl. Rechts	1000	208	185	204	184	114	240	221	189	156
Tiefbau insgesamt	1000	1 716	1 725	2 040	1 796	1 180	2 204	2 106	1 863	1 476
gewerblicher Tiefbau	1000	448	467	580	467	356	562	551	488	421
gewerblicher und industrieller Bau	1000	361	372	465	372	280	418	401	332	251
Bahn und Post	1000	88	95	115	95	76	144	150	156	170
öffentlicher Tiefbau	1000	565	589	633	589	389	746	695	657	503
Straßenbau	1000	703	669	827	740	435	896	860	718	552
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	198	240	197	208	203	238	212
Löhne	Mill. DM	154	151	154	180	149	162	156	180	161
Gehälter	Mill. DM	46	46	44	60	49	46	46	58	51
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	835	844	823	833	824	817	868

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Messdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 009	1 048	1 039	819	686	1 098	1 049	901	811
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	769	610	510	854	782	689	586
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	189	130	103	176	196	137	161
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	81	79	73	68	71	75	64
Umbauter Raum	1000 m ³	1 117	1 135	1 113	857	739	1 093	1 070	995	829
Wohnfläche	1000 m ²	197	199	199	154	136	194	194	176	149
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	8 932	6 823	6 083	8 338	8 479	7 812	6 429
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	482	487	487	377	327	481	461	430	364
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	7	1	3	2	4	5	2
Unternehmen	Anzahl	146	159	219	180	169	129	202	137	125
Private Haushalte	Anzahl	860	885	813	638	514	967	843	759	684
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	184	200	216	210	148	209	227	191	186
Umbauter Raum	1000 m ³	881	919	1 033	1 102	758	1 093	1 550	669	895
Nutzfläche	1000 m ²	143	157	158	243	123	163	222	119	160
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	192	190	189	254	153	208	207	136	191
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	20	31	18	18	22	22	22
Unternehmen	Anzahl	155	170	185	167	124	181	193	162	158
Private Haushalte	Anzahl	11	9	11	12	6	10	12	7	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	2 022	1 537	1 391	1 706	1 797	1 852	1 435
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 571	3 528	3 437	2 949	3 596	3 617	3 841	...
EU-Länder	Mill. DM	1 954	2 019	2 011	1 931	1 474	1 997	2 063	2 189	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	232	246	243	211	174	228	247	249	...
Dänemark	Mill. DM	59	58	53	47	39	58	49	59	...
Finnland	Mill. DM	28	29	25	49	14	27	25	23	...
Frankreich	Mill. DM	464	483	505	474	370	477	501	519	...
Griechenland	Mill. DM	27	27	22	29	17	22	29	31	...
Großbritannien	Mill. DM	294	293	301	289	227	289	301	324	...
Irland	Mill. DM	13	16	17	14	11	13	14	16	...
Italien	Mill. DM	246	248	244	255	152	286	289	330	...
Niederlande	Mill. DM	220	221	200	186	157	191	198	189	...
Österreich	Mill. DM	144	156	141	144	109	127	155	146	...
Schweden	Mill. DM	57	57	58	56	51	66	67	69	...
Spanien	Mill. DM	143	156	168	147	134	172	151	195	...
Portugal	Mill. DM	25	28	33	30	19	41	35	39	...
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	243	255	287	287	301	294	...
Japan	Mill. DM	83	72	84	63	72	97	84	89	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	471	479	506	491	433	477	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	343	336	278	355	345	368	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 650	2 577	2 480	2 575	2 319	2 575	2 604	...
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 686	1 580	1 563	1 672	1 322	1 604	1 611	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	253	325	276	366	387	201	243	258	...
Dänemark	Mill. DM	47	48	58	38	46	52	81	48	...
Finnland	Mill. DM	10	12	8	11	10	8	14	10	...
Frankreich	Mill. DM	374	390	355	307	451	358	418	368	...
Griechenland	Mill. DM	2	3	4	1	2	11	2	3	...
Großbritannien	Mill. DM	113	128	113	83	97	111	103	106	...
Irland	Mill. DM	20	21	16	9	20	12	13	14	...
Italien	Mill. DM	174	193	181	149	176	158	179	158	...
Niederlande	Mill. DM	253	289	319	342	201	220	287	353	...
Österreich	Mill. DM	81	96	112	82	82	94	88	75	...
Schweden	Mill. DM	49	48	27	55	49	22	49	64	...
Spanien	Mill. DM	115	106	92	92	134	65	103	130	...
Portugal	Mill. DM	25	27	20	29	15	9	22	23	...
USA und Kanada	Mill. DM	160	200	198	199	190	175	171	174	...
Japan	Mill. DM	83	88	101	86	93	67	64	76	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	176	169	175	180	172	186	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	250	226	205	294	284	293	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	95,1	96,0	95,9	91,5	91,9	92,3	92,4
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	106,0	108,7	109,0	99,8	100,9	100,9	101,2
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	100,4	101,6	117,1	92,8	99,1	103,2	118,6
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	99,8	98,6	98,7	97,2	98,6	98,1	97,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	112,9	105,4	102,5	119,5	118,3	121,5	113,2
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	93,1	89,3	88,0	90,5	88,8	84,2	81,4
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	101,8	98,2	97,1	89,8	88,7	84,0	80,3
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	107,5	88,2	94,8	115,5	110,3	91,3	96,9
Tourismus in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	794	431	323	868	880	487	352
Ausländer	1000	101	107	129	72	74	151	142	94	72
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	2 441	1 179	1 045	2 572	2 650	1 314	1 066
Ausländer	1000	308	314	360	202	225	418	397	254	206
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 311	1 291	1 222	1 315	1 371	1 357	...
Güterversand	1000 t	803	703	721	616	579	775	835	794	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	15 621	14 572	13 102	19 589	17 267	15 401	16 092
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	336	240	183	879	394	224	229
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	14 054	12 990	11 679	17 263	15 625	13 829	14 600
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	910	1 053	951	1 122	945	1 059	935
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	196	178	180	191	175	148	150
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 495	9 602	10 527	10 699	10 186	10 711	10 993	11 469	9 449 ^{p)}
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 578	1 464	1 225	1 912	1 673	1 441	1 181 ^{p)}
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 007	8 110	8 909	9 235	8 961	8 799	9 320	10 028	8 268 ^{p)}
Verunglückte Personen	Anzahl	2 025	2 016	2 151	1 924	1 693	2 605	2 264	1 931	1 609 ^{p)}
Getötete	Anzahl	32	32	36	26	25	45	37	32	21 ^{p)}
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	22	9	20	29	23	23	14 ^{p)}
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	6	4	-	11	7	1	1 ^{p)}
Radfahrer	Anzahl	2	2	5	-	-	-	3	1	1 ^{p)}
Fußgänger	Anzahl	4	4	2	12	5	1	3	7	4 ^{p)}
Schwerverletzte	Anzahl	490	467	480	421	353	557	489	421	321 ^{p)}
Pkw-Insassen	Anzahl	266	258	303	266	236	242	305	271	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	96	75	54	20	160	86	44	...
Radfahrer	Anzahl	56	47	40	25	11	73	37	28	...
Fußgänger	Anzahl	50	47	48	53	64	35	44	61	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	104	117	100	100	181	106	82	117	128
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	106 796	112 618	264 505	57 451	49 868	113 305	64 208
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	169 314	191 872	-	-	194 408	
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	-	27 404	25 954	-	-	24 879	
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	12 343	20 169	-	-	18 451	
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	129 567	145 749	-	-	151 078	
Kredite an inländische Nicht- banken	Mill. DM	-	-	-	162 075	183 278	-	-	185 070	
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	144 489	163 599	-	-	166 195	
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	-	17 586	19 679	-	-	18 875	
Kredite an ausländische Nicht- banken	Mill. DM	-	-	-	7 239	8 594	-	-	9 338	
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	133 095	142 360	-	-	144 744	
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	-	28 103	28 994	-	-	29 991	
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	-	29 601	39 719	-	-	40 283	
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	-	12 309	10 820	-	-	10 727	
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	-	63 082	62 827	-	-	63 743	
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	128 173	137 572	-	-	139 894	
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	123 624	132 978	-	-	135 624	
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	-	4 549	4 594	-	-	4 270	
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	4 922	4 788	-	-	4 850	
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	3 051	3 839	5 098	4 056	3 350	4 240	5 616
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	787	1 378	2 805	1 788	892	1 587	3 009
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	842	1 421	1 681	884	900	1 481	1 692
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	179	188	-	578	-	-	-	591	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	- 85	- 79	610 ^f	487	- 59	- 51	651
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	35	37	28	31	56	30	21
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	15	78	17	11	15	60	20
Einnahmen aus der Zinsab- schlagzerlegung	Mill. DM	59	22	-	62	-	-	-	45	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	- 21	- 78	469	375	- 21	68	626
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	12	8	-	- 19	-	-	-	117	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	2 264	2 461	2 294	2 268	2 458	2 652	2 607
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	701	810	727	735	798	819	774
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 563	1 651	1 567	1 533	1 660	1 833	1 833
Zölle	Mill. DM	218	200	229	202	189	197	196	207	200
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	196	177	605	245	213	202	656
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	153	152	146	129	446	137	157	148	488
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	40	38	148	97	46	43	158
Landessteuern	Mill. DM	111	128	108	106	136	146	113	128	127
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	4	9	11	6	5	6	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	56	54	50	55	52	52	46
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	6	6	8	7	6	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997		1998				1999			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	782	787	-	-	804	710	-	-	832 ^p	
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	-	7	11	-	-	7 ^p	
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	-	-	145	186	-	-	147 ^p	
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	-	-	554	430	-	-	573 ^p	
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	63	66	-	-	82	68	-	-	93 ^p	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	1 762	2 034	2 209	2 208	1 886	2 256	3 354	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	336	584	1 230	791	382	683	1 328	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	1 204	1 273	348	1 171	1 269	1 371	1 348	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	866	1 093	1 704	1 226	893	1 155	1 776	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	283	532	1 127	704	292	599	1 158	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	383	454	349	374	414	426	417	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 134	1 180	-	-	1 508 ^r	1 076	-	-	1 608	
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	432	406	-	-	375	310	-	-	400	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	-	-	793	433	-	-	848	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	-	-	91	53	-	-	100	
Preise											
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	104,0	104,1	104,1	105,0	104,9	105,1	105,5	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	101,6	101,9	102,1	100,2	99,9	100,1	100,3	
Löhne und Gehälter											
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe											
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	4 531	-	-	-	4 633	-	-	
Arbeiter	DM	4 545	4 637	4 684	-	-	-	4 787	-	-	
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	3 365	-	-	-	3 420	-	-	
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	27,08	-	-	-	27,68	-	-	
Arbeiter	DM	27,21	27,72	27,88	-	-	-	28,48	-	-	
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	29,91	-	-	-	30,63	-	-	
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	26,56	-	-	-	27,05	-	-	
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	22,98	-	-	-	23,13	-	-	
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	20,73	-	-	-	21,11	-	-	
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	19,89	-	-	-	20,09	-	-	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	38,5	-	-	-	38,5	-	-	
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	38,7	-	-	-	38,7	-	-	
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	37,4	-	-	-	37,3	-	-	
Angestellte											
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	6 411	-	-	-	6 539	-	-	
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	5 835	-	-	-	5 954	-	-	
Männer	DM	6 601	6 701	6 726	-	-	-	6 863	-	-	
Frauen	DM	4 624	4 753	4 811	-	-	-	4 906	-	-	
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	6 845	-	-	-	7 001	-	-	
Männer	DM	6 787	6 930	6 985	-	-	-	7 140	-	-	
Frauen	DM	5 186	5 371	5 453	-	-	-	5 622	-	-	
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	4 609	-	-	-	4 738	-	-	
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	4 581	-	-	-	4 722	-	-	
Männer	DM	5 147	5 210	5 223	-	-	-	5 314	-	-	
Frauen	DM	3 874	3 933	3 956	-	-	-	4 126	-	-	

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 051	82 029	82 030	82 048	82 049
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 231	34 715 ^p	42 927 ^p	35 544 ^p	22 925 ^p	46 897 ^p	67 005 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	67 681	65 188 ^p	71 160 ^p	65 438 ^p	61 153 ^p	68 635 ^p	69 677 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	70 910 ^p	66 805 ^p	68 882 ^p	70 780 ^p	66 916 ^p	64 273 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 4 018	- 5 722 ^p	4 355 ^p	- 3 444 ^p	- 9 627 ^p	1 719 ^p	5 404 ^p
Arbeitslose	1 000	4 384	4 279	3 965	3 892	3 946	4 024	3 943	3 883	3 901
Männer	1 000	2 342	2 273	2 047	2 008	2 053	2 057	2 013	1 980	2 006
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,4	11,1	10,3	10,1	10,2	10,3	10,1	9,9	10,0
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,7	12,3	11,4	11,2	11,3	11,4	11,2	11,0	11,1
Offene Stellen	1 000	337	422	432	393	364	479	458	431	412
Kurzarbeiter	1 000	183	118	77	90	108	88	86	90	90
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 416	6 405	6 474	6 447	6 435	6 397	6 406	6 386	6 381
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	559	570	563	491	544	544	560
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	203 696	200 075	196 973	179 817	215 005	205 968	215 569
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	67 797	65 587	65 234	59 115	74 144	70 098	74 600
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	116,9	118,0	116,0	101,7 ^f	120,3 ^f	115,8 ^f	120,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	116,3	117,9	113,8	106,2 ^f	121,5 ^f	115,7 ^f	118,7
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	123,2	120,7	122,5	99,5 ^f	125,7 ^f	119,4 ^f	126,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	122,4	127,1	123,0	89,6 ^f	118,6 ^f	119,3 ^f	125,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	105,5	108,7	107,9	99,0 ^f	108,2 ^f	108,4 ^f	110,6
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 084	39 092	42 332	44 558	36 948	38 725	41 521	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 403	26 844	30 765	33 823	27 596	26 797	33 757	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 221	1 156	1 186	1 177	1 163	1 140	1 138	1 134	1 124
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	139	135	122	119	134	128	121
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	18 895	19 427	19 416	18 126	19 712	19 698	20 299
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	20 233	19 849	16 546	21 150	19 988	20 707	18 078
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	18 527	18 122	14 836	19 781	18 500	19 185	16 659
Wohnfläche	1 000 m ²	3 639	3 521	3 608	3 564	3 104	3 568	3 458	3 568	3 140
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	3 798	3 875	3 280	3 837	3 659	3 627	3 222
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	40 574	40 009	34 903	36 874	36 913	37 251	33 795
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	99,3	105,4	108,3	95,4	98,5	106,6	110,5
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	107,6	105,8	103,7	98,8	111,9	108,5	112,3
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	104,1	101,2	87,3	103,8	105,6	102,1	87,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 597	76 634	83 609	82 142	74 882	83 080	86 345	95 147
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 983	42 514	48 198	46 347	42 919	47 195	48 927	54 456
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 524	4 591	4 838	4 648	4 576	4 696	4 893	5 237
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 825	8 376	9 833	9 441	8 213	9 466	9 520	10 398
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 780	6 175	6 829	6 796	6 864	7 285	7 258	8 090
Italien	Mill. DM	5 421	5 878	5 636	6 210	6 137	4 815	6 034	6 310	7 285
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 576	4 995	5 695	5 251	5 295	5 105	5 525	6 289
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	69 017	65 195	71 044	66 325	68 549	71 893	74 940	78 942
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	37 670	33 211	38 060	35 883	37 157	36 450	39 534	41 707
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 870	3 846	4 022	3 879	3 912	3 738	4 235	3 942
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 410	6 964	7 466	7 550	6 924	6 888	7 599	8 167
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 724	3 851	5 138	4 244	4 563	5 656	5 439	5 561
Italien	Mill. DM	5 090	5 376	4 515	5 699	5 091	5 327	4 858	5 096	5 593
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 785	4 826	5 500	5 255	5 903	5 440	6 503	6 751
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	61 899	41 306	41 572	45 015	65 350	42 418	43 585
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	41 415	18 531	18 034	20 899	43 663	18 517	18 069
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	18 849	19 114	19 200	21 018	19 200	19 053	19 202
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	10 003	- 2 079	- 2 143	- 2 026	10 975	- 1 829	- 1 578
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	20 477	20 933	22 853	23 322	21 666	21 985	24 713
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	16 769	16 974	18 786	19 016	17 559	17 917	19 764
Zölle	Mill. DM	575	540	527	553	548	536	542	498	566
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	11 088	10 404	9 177	12 006	11 870	10 108	11 401
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 177	1 163	627	616	916	1 671	619	630	928
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	8 197	8 717	7 193	8 978	8 732	8 299	9 334
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	107,5	103,6	101,0	100,4	100,1	103,7	103,4	103,3	103,8
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	92,5	87,1	85,8	83,3	82,7	84,0	83,8	82,9	84,0 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,9	99,5	99,4	98,9	98,5	98,8	98,9	99,1	99,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	-	-	98,6	98,4	-	-	98,5
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	99,1	98,7	-	-	98,6	98,4	-	-	98,4
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	-	-	95,4	95,5	-	-	96,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,4	104,2	104,2	105,3	105,1	105,0	105,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	102,1	101,6	101,9	100,7	100,2	99,9	100,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	105,6	105,6	105,7	105,5	105,5	107,4	107,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,6	101,7	102,0	101,5	101,9	102,0	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	106,1	106,0	106,0	107,9	108,0	107,9	108,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	101,9	101,9	102,0	102,1	102,1	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,3	114,4	114,6	110,7	110,7	110,7	110,8
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	105,0	104,9	104,8	109,2	109,3	109,8	109,5
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	97,1	96,4	96,4	87,5	87,5	87,4	87,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	103,7	102,6	102,8	104,8	103,5	102,0	103,4
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	113,3	113,5	116,1	117,3	117,8	117,8	118,5
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	104,0	103,9	103,0	107,7	105,2	105,1	104,1 ^f
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	103,0	103,2	103,2	104,5	104,5	104,8	105,1

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Mehr Unfälle und Verunglückte im Straßenverkehr

Im Jahr 1999 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz knapp 124 000 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 7,4 % mehr als im Vorjahr. Nachdem die Unfallzahlen seit 1988 zurückgegangen waren und 1994 mit 110 957 einen Tiefststand erreicht hatten, stiegen sie in den Folgejahren wieder kontinuierlich an. Dabei bewegte sich 1999 sowohl die Zahl der Unfälle mit Personenschaden (19 300) als auch die Zahl der reinen Sachschadensunfälle (104 400) deutlich über den Werten des Vorjahres.

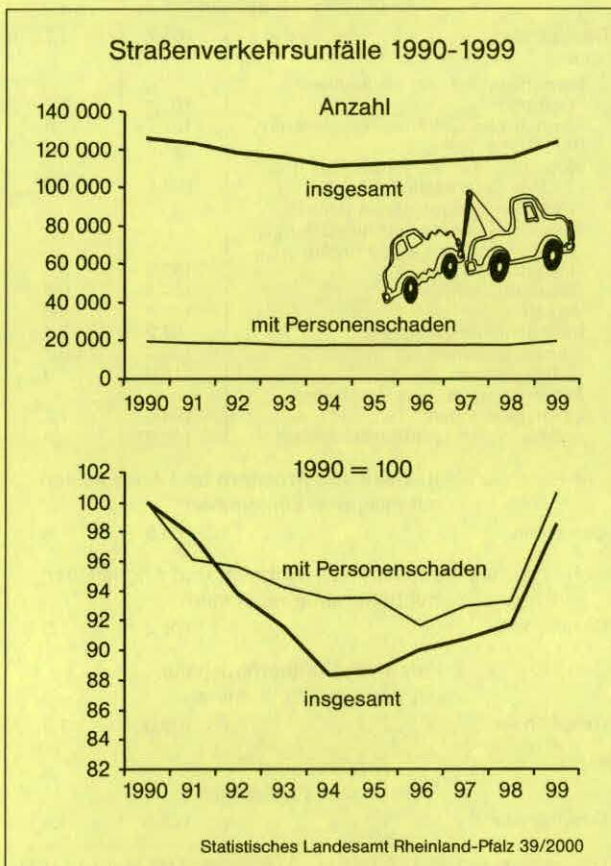
Während die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer mit etwas mehr als 380 gegenüber 1998 zurückging, wurden deutlich mehr Schwerverletzte (5 900) und auch mehr Leichtverletzte (19 700) gezählt. Unter den Getöteten befanden sich 235 (+ 4 gegenüber 1998) Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen, 27 (+ 1) Radfahrer und 31 (- 14) Fußgänger. Die Zahl der getöteten Benutzer von motorisierten Zweirädern lag mit 71 auf Vorjahresniveau. gü

Über 10 % mehr Einfamilienhäuser geplant

Im Jahr 1999 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden den Neubau von insgesamt 21 656 Wohnungen; das ist ein Plus von 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr. Erheblich beeinflusst wurde das Ergebnis durch die 10 104 geplanten Einfamilienhäuser (+ 10,5 %). Rückläufig waren dagegen die Genehmigungen bei Wohngebäuden mit zwei Wohnungen (- 3 %) und bei Mehrfamilienhäusern (- 10 %). Die Zahl der in diesen Gebäuden geplanten Wohnungen ging um 3 bzw. knapp 9 % auf 4 580 bzw. 5 836 zurück.

Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wurden 23 034 Wohnungen zum Bau freigegeben (+ 0,6 %). Die hierfür veranschlagten Baukosten erreichten fast 6,9 Mrd. DM (+ 2,8 %).

Die mit Abstand meisten neuen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 1999 in den Kreisen Mayen-Koblenz (1 513) und Westerwald (1 420) sowie in der Stadt Mainz (1 321) genehmigt. ha



Industrieumsatz 1999: 115 Mrd. DM Exportbranchen im Aufwind

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im abgelaufenen Jahr 1999 einen Umsatz von 115 Mrd. DM. Das sind 1,2 % mehr als im Vorjahr. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um 2 % auf 47,5 Mrd. DM. Daraus errechnet sich eine Exportquote von 41 %. Das Inlandsgeschäft war mit 67,6 Mrd. DM nur um 0,6 % besser als im Vorjahr.

Besonders die exportabhängigen Branchen verzeichneten 1999 hohe Umsatzsteigerungen. Die chemische Industrie, als größter Wirtschaftszweig des Landes, vergrößerte ihren Absatz um 3,1 % auf 31,2 Mrd. DM. Damit erreicht sie einen Anteil von 27 % am gesamten verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden). Steigerungsraten wurden hier auf dem Inlandsmarkt (+1,4 %), insbesondere aber auf dem Auslandsmarkt (+ 4,3 %) erzielt.

Die Maschinenbauer erhöhten ihren Umsatz um 7,3 % auf 9,5 Mrd. DM. Auch dieses Plus wurde vor allem durch die starke Zunahme des Auslandsumsatzes um 9,3 % erreicht. Er belief sich auf insgesamt 4,9 Mrd. DM. Im Fahrzeugbau war die Umsatzentwicklung gespalten. Einem Anstieg im Inlandsgeschäft um 5,8 % stand ein Rückgang auf dem Auslandsmarkt von 1,6 % gegenüber. Insgesamt nahm der Umsatz aber um 1,8 % auf 19,3 Mrd. DM zu. fu

CD-ROM „Statistik regional“ aktualisiert

Unter dem Titel „Statistik regional“ wird von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder eine CD-ROM mit Daten für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland herausgegeben. Diese Gemeinschaftsveröffentlichung liegt nunmehr wieder aktualisiert vor. Die Datenbank bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten für einzelne Gebiete zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen. Sie enthält Informationen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Wohnen, Fremdenverkehr, Verkehr, Ge-

sundheitswesen und Wahlen. Neben der Datenbank und der zum Betrieb erforderlichen Software enthält die CD-ROM eine Übersichtskarte zur administrativen Gliederung Deutschlands als PDF-Datei.

Eine Demo-Version der CD-ROM mit vollem Funktionsumfang, aber beschränktem Datenbestand ist kostenlos. Die gesamte CD-ROM „Statistik regional“, Ausgabe 1999, ist für 290 DM erhältlich, beim Kauf einer Folgeausgabe reduziert sich der Preis auf 145 DM.

Bestellungen nimmt das Statistische Landesamt, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71 - 3 27 oder - 202, Telefax (0 26 03) 71 - 2 52, E-Mail: info@statistik-rp.de, entgegen.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar		Ver- ände- rung
	1999	2000	
	Mill. DM		%
Landessteuern	129,0	147,0	14,0
Vermögensteuer	5,3	6,3	19,7
Erbschaftsteuer	19,6	33,7	72,0
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	14,9	13,9	- 6,4
Kraftfahrzeugsteuer	69,8	70,9	1,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	11,7	14,7	25,5
Feuerschutzsteuer	0,1	0,1	8,5
Biersteuer	7,6	7,4	- 3,7
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	903,1	533,1	- 41,0
Lohnsteuer	483,7	497,5	2,9
Veranlagte Einkommensteuer	- 63,3	- 75,0	X
Kapitalertragsteuer	127,2	97,6	- 23,3
Zinsabschlag	60,4	55,5	- 8,2
Körperschaftsteuer	295,1	- 42,4	X
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	425,4	467,1	9,8
Umsatzsteuer	322,3	343,2	6,5
Einfuhrumsatzsteuer	103,1	123,9	20,2
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	- 0,5	0,3	X
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	0,0	0,2	X
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	- 0,8	0,5	X
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	- 0,2	0,1	X
Insgesamt	1 456,0	1 148,3	- 21,1

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Januar 2000

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Jan. 1999 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,7	1,7
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,1	-1,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,7	1,9
Bekleidung, Schuhe	102,2	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	108,3	2,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	0,1
Gesundheitspflege	109,8	-0,2
Verkehr	111,4	6,8
Nachrichtenübermittlung	87,2	-2,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,3	0,7
Bildungswesen	118,0	1,9
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	104,4	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	106,0	2,5
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	105,5	1,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	105,2	1,5
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	106,0	1,3
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,8	1,6

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.